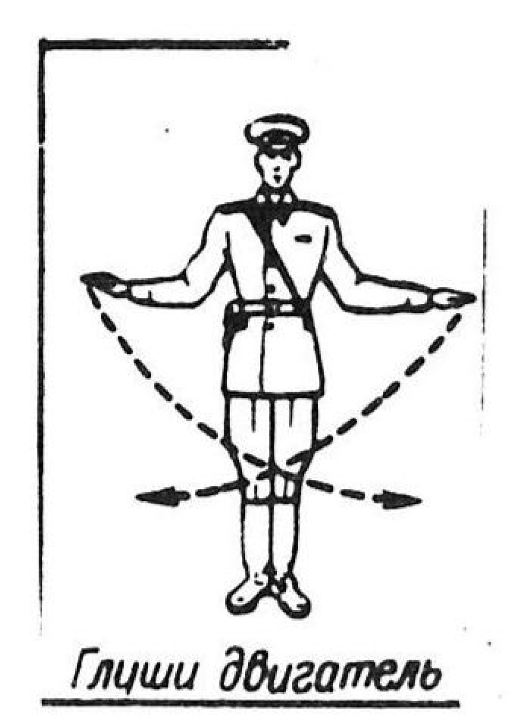

INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
auswärts
3 DM
2,50 DM
Nr. 320
23. Februar 1995

Jetzt gibt es schon ein ganzes Buch zum Autonomie-Kongress. Wer soll das alles lesen? Das Skript, das ihr uns zugeschickt habt, ist mal wieder 2-zeilig geschrieben. Und dann noch auf Umweltpapier! Für den Ordner ist es zu dick. Wir wissen auch nicht, wo wir es hintun sollen. Bitte meldet euch noch mal! Einstweilen haben wir mal ein Gespräch daraus auf Seite 8 - 11 abgedruckt.

Vorwort
siehe Ordner



Inhalt

Ordner
-Vorwort
-Focus-Artikel
-Brief Freiburger Typen
-Rede von "Bioethik-Demo"
-earth first
-Brif aus Todeszelle in Texas
-Kurdistan/ASTA-Kriminalisierung (Münster)

Impressum

HerausgeberIn:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Potsdamer Polizei dringt in besetztes Haus ein. Fünf Festnahmen wegen angeblichen Diebstahls

Antikrimineller Schutzwall

Stolz vermeldete das Potsdamer Polizeipräsidium gestern nachmittag einen Fahndungserfolg: Man habe in der Potsdamer Dortustraße in einem »als besetzt geltenden Haus« ein »Diebeslager« aufgefunden.

Tatsächlich drangen am frühen Donnerstag morgen gegen 4 Uhr mehrere Polizeibeamte in das besagte Haus in der Dortustraße ein. Als Grund für ihren nächtlichen Besuch nannten sie einen Verkehrsunfall in der benachbarten Hegel-Allee, bei dem es zu Sachschaden mit anschließender Fahrerflucht gekommen sei. Die Sicherheitsbeamten wollen eine Blutspur bis vor das besetzte Haus verfolgt haben. Das genügte als Anlaß, die Tür aufzubrechen und sich Zutritt zu verschaffen. Mit der Begründung »Gefahr im Verzug« wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt, bei der laut Polizeimeldung nicht nur »eine Cannabispflanze und geringe Mengen Cannabis«, sondern auch Diebesgut gefunden wurde, das aus einem Einbruch in der Brandenburger Straße stammen soll. Außerdem seien »Würgehölzer und Gaspistolen« sichergestellt worden.

Ein heraneilender Hausbewohner wurde wegen der Behinderung von Polizeimaßnahmen prompt festgenommen. Weitere vier Personen wurden im Zuge der Durchsuchung in Polizeigewahrsam genommen, darunter zwei ImmigrantInnen aus der Ukraine, die laut Angaben der Polizei »gebeten worden sind, Deutschland bis zum 16. 3. 95 zu verlassen« und ein weiterer Mann aus Polen. Den Festgenommenen, die heute einem Haftrichter vorgeführt werden sollen, wird u.a. Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie Diebstahl vorgeworfen.

Wegen Fahrerflucht wird nach Angaben der Polizei gegen keinen der fünf Inhaftierten ermittelt.

Auf Anfragen von BewohnerInnen beim Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Gramlich (SPD), wurde versichert, daß vorerst keine Räumung des Hauses in der Dortustraße vorgesehen sei. Allerdings würden trotzdem polizeiliche Maßnahmen ergriffen: Räume, in denen Diebesgut gefunden wurde oder in denen die angeblichen Straftäter gewohnt haben sollen, werden nun zugemauert. Der Rest des Hauses soll bewohnbar bleiben. Den Sinn einer solchen Baumaßnahme konnten weder der zu einer anläßlich der Polizeiaktion einberufenen Gesprächsrunde in einem Jugendzentrum erschienene Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Funke, noch die ebenfalls anwesenden Herren Grabowski und Grieger, die für den Polizeieinsatz verantwortlich zeichnen, erklären. Grabowski bezeichnete das Vorhaben als »symbolische Aktion«. Die Fragestellung, wo denn die BewohnerInnen der zugemauerten Räume bleiben sollten, falls sich ihre Unschuld erweist, war den Verantwortlichen sichtlich unangenehm; entsprechend antworteten sie ausweichend.

Offensichtlich sind sich die Potsdamer Behörden sicher, daß den Inhaftierten längere Haftstrafen oder Abschiebung bevorstehen. Obwohl die Ermittlungen erst begonnen haben, werden sie in der Polizeipressemitteilung als Diebe vorverurteilt.

Die restlichen BewohnerInnen des Hauses sahen sich gezwungen, auf die »symbolische Aktion« einzugehen, da beim Oberbürgermeister und der Polizei davon ausgegangen wird, daß mit der Begründung »Gefahr im Verzuge« eine Räumung juristisch möglich sei. Die Stadt Potsdam machte gestern gar die Duldung dieser ungewöhnlichen Art der Kriminalprävention zur Voraussetzung für weitere Verhandlungen zur Legalisierung des Hauses.

Anke Lehmann / C.V. Thelen,
Potsdam

FOCUS 51/1994 91

wir haben in einer antifaschistischen aktion einen brandsatz unter das auto von frau popiolek pilsenerstr. 4 12623 berlin gelegt

(Der Zusammenhang mit den zwei Seiten focus (Ordner) müßte vielleicht noch etwas besser vermittelt werden. Namentlich tauchen dort ganz andere Personen auf.??????

Zu den Vorgängen in der Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus und deren rechtskonservative Umtriebe gibt es viel bessere Artikel als im focus, z. B. sogar in der taz.

Zentrale Figur darin ist U. Popiolek.

VIVA ZAPATA !

Am Donnerstag, dem 9.2.95 ist die mexikanische Bundesarmee in das von Zapatistas kontrollierte Gebiet in Chiapas eingedrungen.
Dem Einmarsch vorausgegangen sind die Haftbefehle gegen fünf "Führer" der EZLN.
Die Bundesarmee hat 50 000 Soldaten, schwere Waffen sowie argentinische und guatemaltekische Konter-Guerilla-Spezialisten in Chiapas konzentriert.
Als Legitimation für das militärische Vorgehen dienen angebliche Sprengstoff- und Waffenfunde in der Hauptstadt und im Bundesstaat Veracruz, für die bisher keinerlei Beweise vorgelegt wurden.
Amado Avendano, Rebellions-Gouverneur in Chiapas, sagte in einem Interview am 21.12.94 auf die Frage, worin das größte Hindernis für die mexikanische Regierung bestehe, zur militärischen Option überzugehen: "Es ist die Unterstützung, die die internationale Presse uns bietet. Für die mexikanische Regierung ist es absolut unverzichtbar, im Ausland ein demokratisches Gesicht zu zeigen. Das ist der entscheidende Punkt, der sie hindert, uns und die Zapatistas plattzumachen. In diesem Punkt könnt ihr uns unterstützen."
In Mexico-City demonstrierten am Wochenende bereits 100 000 Menschen gegen den Einmarsch.

Macht öffentlich, was in Chiapas geschieht!

Protestiert bei der mexikanischen Botschaft:

Tel.: 0228 - 914860 (Mo-Fr 9-17)



MEXIKANISCHE ARMEE RAUS AUS CHIAPAS !

VIVA EZLN !

*Chiapas/*México Solidaritätsveranstaltung

Die Lateinamerika Koordination plant in Zusammenarbeit mit AsTA-TU für den 24. Februar eine Veranstaltung zum Thema ***"Die politische Lage in México und die Solidaritätsaufgaben".***
Der von niemandem erwartete Aufstand im Süden von Mexiko hat die politische Landschaft nachhaltig erschüttert. Aber nicht nur das: In Mexiko wird nichts genauso wie früher sein. Etwas hat sich im positiven Sinne verändert; die Indianer- und Bauern-rebellion offenbarte die andauernde Krise der mexikanischen Gesellschaft. Im Januar 1994 hatten die Bauern und Indianer in Chiapas genug von Hunger, Ausbeutung und Unterdrückung. Sie erklärten der Regierung den Krieg und verlangten „*Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie*".
Die Regierung beanwortete die Forderungen der Rebellen mit Massakern und Bombardements. Nach internationalen Protesten und Massendemonstrationen wurde die Regierung jedoch zu Verhandlungen gezwungen.
President Ernesto Zedillo hat am Donnerstag, dem 9. Februar in einer Fernsehansprache den Krieg gegen die Opposition erklärt. Die Anführer des Bauern- und Indianerauftandes in Chiapas sollten vom Militär festgesetzt werden. Die Armee geht gegen die Aufständischen brutal vor. In México gibt es wieder Krieg.
Über die aktuelle Lage in Chiapas/México wollen wir in eine Veranstaltung im **TU Hauptgebäude H 104, am Freitag, dem 24 Februar, um 18.00 Uhr,** berichten.
Eingeladen sind **Juan Gehring**, Journalist der Deutschen Welle und Sextosol Producciones Latinoamericanas, der vor kurzem México besuchte und Berliner Vertreter des polititischen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und sozialen Spektrum.
Durch die geplante Veranstaltung möchten wir nicht nur aktuelle Informationen über die polistische Lage in México geben, sondern auch gleichzeitig die Solidarität mit der mexikanischen Bevölkerung organisieren.

Bei der Zusammenstellung des Programms beabsichtigen wir, viele Organisationen und interessierte Gruppen sowie die lateinamerikanische Gemeinschaft einzubeziehen.

Schluß mit der Staatsgewalt in México !
Freilassung der bereits inhaftierten Aktivisten der Opposition und Menschenrechtsorganisationen !
Wir fordern die Anerkennung des EZLN als kriegführende Kraft im Sinne der Genfer Konventionen !

Veranstalter AsTA-TU im Zusammenarbeit mit Lateinamerika Koordination
Unterstützer Méxikogruppe „Solidaridad Directa" Berlin

T U-Hauptgebäude H 104
Straße des 17. Juni 135
U-Bahnhof Ernst Reuter Pl.

Berliner Senat: Olympia hatte zu viele Gegner

Abschlußbericht des Berliner Senats: Opposition und Medien verhinderten die Spiele

Senatssprecher Michael-Andreas Butz zeigte sich gestern wortkarg. Noch in diesem Monat will der Berliner Senat den Abschlußbericht über die Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2000 vorlegen. Der Entwurf des Abschlußberichts enthalte „bittere Wahrheiten über die Olympia-Bewerbung", so Butz. Das Papier selbst wollte er nicht veröffentlichen. Es müsse noch mit dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) abgestimmt werden.

Lob für den Kanzler

Dennoch wurden gestern etliche Details des Textes bekannt. Eine mangelnde Unterstützung der Bundesregierung, der militante Widerstand von Teilen der Olympia-Opposition und die Berichterstattung der Medien werden vor allem als Ursachen für das Scheitern genannt.

Der Senat kritisiert eine zögerliche Haltung der Bundesregierung gegenüber den Berliner Plänen. Eine verbindliche finanzielle Zusage und die „konsequente Unterstützung" durch Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) hätten gefehlt, sagte der Senatssprecher. Im Abschlußbericht heißt es außerdem, daß der Bund sich während der mehrjährigen Bewerbungsphase zurückgehalten und die Arbeit der Berliner „kritisch" gewürdigt habe.

Gegenüber dem IOC sei der „fatale Eindruck entstanden, daß Berlin keine Rückendeckung für seine Bewerbung" habe. Lediglich der Bundeskanzler wird von der Kritik verschont. Sein Bekenntnis zu Olympia 2000 „war zumindest für die Schlußphase von hohem Wert".

„Verheerend" für die Bewerbung seien die militanten Aktionen von Olympia-Gegnern gewesen, heißt es in dem Text. Um die Welt gingen Bilder von Demonstrationen, bei denen Polizisten mit Steinen und Knallkörpern beworfen wurden. „Der Eindruck entstand, daß es eine potentielle Gefahr für IOC-Mitglieder gibt und Berlin für die Spiele nicht den vollsten Sicherheitsgarantien entspricht", so der Berichtsentwurf. Der Senat geht davon aus, daß es der Opposition von Bündnis 90/Grüne nicht um ökologische Bedenken gegen Olympia, sondern um „das Schüren von Ängsten in der Bevölkerung" gegangen sei. Für die Anti-Olympia-Kampagne „wurde die gewalttätige linke Szene" rekrutiert.

Kaum ein gutes Haar läßt der Senat an den Medien. Die Berichterstattung der „Printmedien" über die Olympia-Bewerbung habe sich als „Ballast" erwiesen.

Senatssprecher Butz betonte, daß der Bericht sehr wohl auch eigene Versäumnisse aufzeige. So werde als entscheidender Fehler des Senats gesehen, daß Personalprobleme bei der Olympia GmbH keine „einheitliche Bewerbungslinie" zugelassen hätten.

Zu korrekt gewesen?

Die Olympia-Gesellschaft habe es auch nicht geschafft, in der Berliner Bevölkerung breite Zustimmung für die Spiele zu erreichen. Der Bericht stellt die Frage, ob Berlin sich nicht stärker den IOC-Gepflogenheiten beim Buhlen um Stimmen hätte anpassen sollen. In dem Text wird versichert, daß sich die Stadt strikt an die Richtlinien gehalten habe. Künftige Bewerbungen sollten außerdem staatlich unabhängig sein. Im Abgeordnetenhaus wurde der Senatsbericht teilweise heftig angegriffen.

Kaum Selbstkritik

SPD-Fraktionssprecher Peter Stadtmüller nahm Rücksicht auf die Koalition und sagte: „Die Bereitschaft des Senats zur Selbstkritik muß schon noch deutlicher werden." Als „nichts Neues" bezeichnete der sportpolitische Sprecher der FDP, Axel Hahn, den Bericht. „Peinlich" sei der Vorwurf an die Bundesregierung wegen mangelnder Unterstützung, der Angriff auf die Presse obendrein lächerlich, so Hahn. Bündnis 90/Grüne-Sprecherin Judith Demba wirft dem Senat vor, mit dem Bericht von der eigenen politischen Verantwortung abzulenken. Die Opposition hat offenbar noch nicht das „gewisse Maß an Selbstkritik" entdeckt, das Senatssprecher Butz gestern versprach.

Viel zu lange schon ist auch in Duisburg eine ANTI-ANTIFA aktiv. Inzwischen konnten die Adressen einiger Betreiber ermittelt werden.
Es handelt sich dabei um:

Manuel Eckertz
Auf der Heide 5
47228 Duisburg (Rheinhausen)
Eckertz ist vermutlich in der Hool/Skin Szene aktiv

Herbert Eckertz
Ludgeristr. 7
47057 Duisburg (Neudorf)
Tel. 0203/37 56 45

Stefan Schilly
Ritterstr. 34
47137 Duisburg (Meiderich)
Tel. 0203/44 84 62

Hier noch ein paar Namen weiterer Faschokader aus Duisburg

Ralf Panek, Loesorterstr. 51, Postfach 120429, 47139 Duisburg (Meiderich).
Er fährt zur Zeit einen Ascona C grün metallic mit dem Kennzeichen DU KE 104
Panek ist Kameradschaftsführer der FAP in Duisburg und stellvertretender Landesvorsitzender der FAP in Nordrhein Westfalen

Michael Thiel, Am Heidberg 140, 47259 Duisburg (Huckingen),
Tel.: 0203/ 78 06 24
Thiel war Mitbegründer der Nazi Partei "Der Deutsche Weg" und ist Mitglied der FAP, Außerdem war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Alternative.
Thiel fährt heute mutmaßlich einen VW Golf 2 mit dem Kennzeichen DU SU 270 in blau grau metallic, der Wagen könnte allerdings auch Thiels Mutter gehören, die bereits 1989 auf der Liste der Kommunalwahlkandidaten der REPs stand.
Waltraut Karhan Thiel ist ebenfalls am Heidberg gemeldet

Über Anrufe freuen sich die genannten Dreckschweine

Gegen die Europäische Bioethik-Konvention

tut schnelles Handeln auf allen Ebenen not!

Bioethik-Konvention vor der Verabschiedung. Manipulation von Reagenzglas-Embryonen erlaubt

Verwertung des Menschen

Anfang Februar 1995 unternimmt die Parlamentarische Versammlung des Europarates in Strasbourg den zweiten Versuch, die in acht Jahren von einer kleinen Kommission in Geheimhaltung erarbeitete europäische »Bioethik-Konvention – Übereinkommen zum Schutz der Rechte und Würde der Menschen bei der Anwendung von Biologie und Medizin« zu verabschieden. Was sich so beruhigend anhört, schützt allerdings nur die Interessen von beteiligter Wissenschaft, Industrie und Politik. Insbesondere die bundesdeutsche Forschung drängt auf eine Verabschiedung, um mit dieser »ethischen« Rückendeckung ihre gesetzlichen Spielräume zu erweitern.

So sieht die Konvention die Erlaubnis zur Forschung an im Reagenzglas gezeugten Embryonen bis zum vierzehnten Tag und die Option auf die Keimbahntherapie vor. Damit werden der gezielten genetischen Manipulation an Ei- und Samenzellen des Menschen alle Türen geöffnet. Nach dem deutschen Embryonenschutzgesetz sind diese genetischen Eingriffe noch verboten. Das angeblich zum Schutz der Menschenrechte entworfene ethische Regelwerk sieht die Forschung an nicht geschäftsfähigen Personen auch ohne therapeutischen Nutzen vor. Mit diesem Artikel 6 der Konvention werden bestimmte geistig und körperlich behinderte, alte und verwirrte, alkoholabhängige udn rauschgiftsüchtige Frauen und Männer für medizinische Experimente freigegeben.

Insbesondere an dem Freibrief für Menschenversuche entzündete sich letztes Jahr die öffentliche Kritik, nachdem ein Initiativkreis um das Genarchiv Essen die geplante Konvention publik gemacht hatte. Der Protest aus der Anti-»Euthanasie«/Eugenik-Bewegung, von etablierten Behindertenverbänden und den Kirchen hatte zur Folge, daß die BRD die Ratifizierung der Konvention verweigerte. Der Hintergrund des bundesdeutschen Rückziehers war die Endphase des Bundestagswahlkampfes: Denn als selbst das konservative *Hamburger Abendblatt* Anfang Oktober mit der Schlagzeile »Behinderte als Versuchsobjekt?« aufmachte, ließ die Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger die Zustimmung zur Konvention fallen und erntete für diesen Schritt einige liberale Pluspunkte.

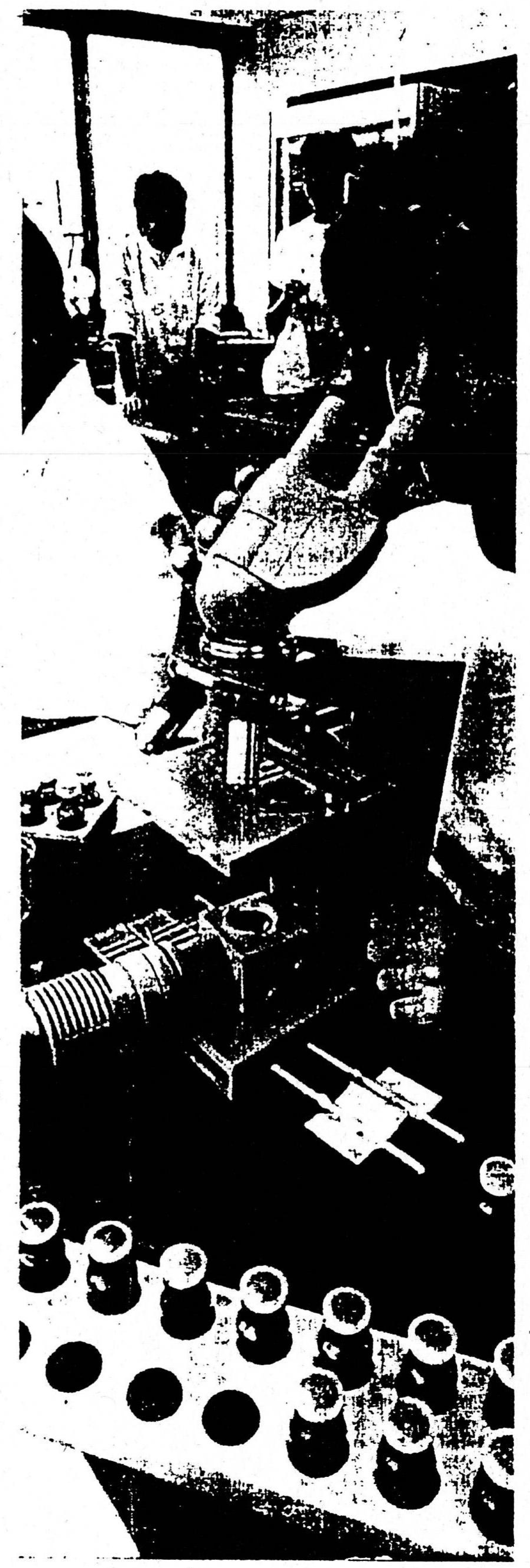
Der stellvertretende Leiter der deutschen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Robert Antretter, geht davon aus, daß der überarbeitete Entwurf die Passage zur Forschung an geschäftsunfähigen Personen verändert. Vom Tisch ist sie nicht. Zu erwarten sei eine Umformulierung oder ein unverbindlicher Zusatz, der die Ausführung dieses Artikels im Detail den 32 Mitgliedsstaaten überläßt. Einem derart veränderten Text wird die Bundesregierung ihre Zustimmung nicht verweigern. Abgesegnet wären dann Vorgaben von immenser Tragweite für die künftige Gesundheitspolitik.

Denn die Konvention sieht Eingriffe in das menschliche Genom vor und begründet dies im zweiten Entwurf mit diagnostischen, therapeutischen und präventiven Zielsetzungen. Prävention, übersetzt mit Vorbeuge oder Vorsorge, ist auf den ersten Blick ein vernünftiger Ansatz, der aktives Eingreifen in Verhältnisse und Verhalten rechtfertigt. In bezug auf Behinderung und (chronische) Krankheit besitzt dieser Ansatz eine Kehrseite, die gerne ausgeblendet wird. Prävention mit der Definitionsmacht über Normalität und mit der Macht, in Lebenszusammenhänge eingreifen zu können, bedeutet auf den zweiten Blick Selektion, soziale Ausgrenzung und physische und psychische Gewalt.

Forschung gegen Behinderte

Die Prävention vor Behinderungen kann sich auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens berufen. Dies gilt inzwischen auch für die Zeit während einer Schwangerschaft. Anton Leist, ein in der bio-ethischen Debatte stehender Philosoph, der sich in schriftlichen Beiträgen auch für die Tötungsdiskussion starkmacht, äußert zu den Möglichkeiten und Konsequenzen der vorgeburtlichen Untersuchungen: »Vielleicht führt das Bestreben, möglichst gesunde Kinder zu haben, zugleich zur verbreiteten Intoleranz gegenüber lebenden Behinderten. Andererseits werden duch die pränatale Diagnose in Zukunft weniger Behinderte leben, gegen die sich eine Intoleranz richten kann. Es scheint vorzuziehen, auf diese Weise, wenn möglich, der Intoleranz einfach ihren Anlaß zu entziehen.«

Diese Sätze sind ein Musterbeispiel für eine medizin-technische Entwicklung, die die Bioethik-Konvention begleiten soll. Die Ausweitung der Diagnosekriterien auf dem Hintergrund der Biologisierung sozialer Fragen ist in den Forschungsprojekten der GenethikerInnen angelegt. Sie sind überzeugt von der genetischen Bedingtheit von Schizophrenie, Alkoholismus, Diabetes oder Krebs. Die statistische Erfassung in Fehlbildungsregistern soll nach Auffassung der Bundesärztekammer, die für den Konventions-Entwurf mitverantwortlich zeichnet, auf Bundesebene ausgedehnt werden. Die gesammelten Daten lassen sich für die medizinische Prävention nutzen. Risikogruppen können ermittelt und zur Beratung aufgefordert werden, wie im Ausland teilweise schon praktiziert. Das Register soll »gezielter Vorsorge« dienen: Das bedeutet, daß »Risikopersonen« auf die pränatale Diagnostik verwiesen werden.



Manipulationen an Ei- und Samenzellen sind erlaubt Foto: Archiv

Höhere Kassenbeiträge für alle?

Prävention heißt auch das Zauberwort, um den finanziellen Aufwand für das Gesundheitswesen zu begrenzen. Zu wenig Beachtung erhielt in diesem Zusammenhang eine weitere Vorgabe der Bioethik-Konvention: Genehmigt werden auch Gentests zu wissenschaftlichen oder zu Gesundheitszwecken und die Weitergabe der Ergebnisse, wenn es im Dienste der »öffentlichen Sicherheit und Gesundheit« geschieht. Da freuen sich die Krankenkassen. Denn diese wollen ohnehin festlegen, welche Aktivitäten die Gesundheit fördern. Sie könnten künftig für den Besuch von Gymnastikkursen, von Schwangerschaftsvorsorge, Früherkennungsuntersuchungen oder bei Nikotinverzicht Bonuspunkte vermerken. Eine Ermäßigung der Kassenbeiträge steht in Aussicht. Wer sich diesem Gesundheits-TÜV verweigert, handelt dann fahrlässig und soll mehr zahlen. Damit ließen sich chronische Krankheiten oder die Geburt eines behinderten Kindes als selbstverschuldete Folgen bestimmen, für die die Kassen nicht mehr aufkommen müssen. Gleichzeitig werden bereitstehende Mittel unter dem Diktat der Kostendämpfung künstlich so verknappt, daß Arzt und Ärztin in der Behandlung die Patienten nach bestimmten Kriterien – wie Lebensalter und -erwartung, chronische Krankheit, andauernde Behinderung oder Arbeitsfähigkeit – aussortieren müssen.

Udo Sierck, Hambu

An die TeilnehmerInnen des Vorbereitungstreffens für den "Autonomen Kongreß".

Bevor wir uns das nächste und vor dem "Kongreß" zum letzten mal treffen, doch noch einige Bemerkungen zu unserem Eindruck, den wir auf den Vorbereitungstreffen und aus diversen Papieren und Gesprächen gewonnen haben.
Der Ablauf des "Kongresses" scheint leider weitgehend festgelegt zu sein, daran ist wohl nicht mehr viel "zu rütteln". Für uns stellt sich inzwischen die Frage, an wen sich der "Kongreß" richtet, ob wir gemeint sind, an was wir überhaupt teilnehmen, ob und wie wir uns einbringen können. Vielleicht können wir doch noch einen selbstkritischen, bewußten Umgang mit dem was für Berlin geplant wird oder wenigstens ein verstärktes, kritisches Aufmerksamsein erreichen? So daß nicht Resignation und Zurückziehen übrig bleiben - abgehakt und erledigt - sondern daß danach noch etwas zwischen uns weiterlaufen kann.

Es geht uns nicht um Vorwürfe, um Beleidigtsein oder Beschwerde, sondern darum, daß ein bürgerlicher Begriff von Kommunikation die Vorbereitungen prägen, der sich ebenfalls im Begriff "Kongreß" niederschlägt.
Unter uns hat sich was getrennt - das wurde bisher zwar geflissentlich überhört. Dies ist ein Versuch, durch Kritik und entsprechende Fragestellungen auf den Prozeß untereinander Einfluß zu nehmen, den "Kongreß" in Richtung Treffen zu versuchen, auf dem Menschen/Gedanken sich wieder berühren und austauschen, Kommunikation als Sabotage an Herrschaft und damit als Widerstreit gegen das System in dem wir leben verstanden wird, und als gemeinsames Herausfinden wie das aussehen kann, und die Vorbereitung und das Treffen in Berlin nicht vollständig der Routine zu überlassen. Hierfür gilt es den Raum zu öffnen.

Zu der Vorbereitung in Hamburg.

Wir hatten den Eindruck, daß es einigen Leuten ausschließlich darum ging, den technischen Ablauf festzuklopfen, "Verantwortliche" für die Überschriften/die einzelnen Punkte der Tagesordnung, zu finden. So wurde immer wieder vehement versucht, die inhaltliche Diskussion um die Tagesordnung oder um das Verständnis von Begriffen (wie "Organisationsdebatte", "Spaltungslinien", "Autonome Kultur", "Autonomie",...), die im Zusammenhang mit der Tagesordnung auftauchten, genervt als störend abzuweisen, und zwar mit dem Hinweis auf Zeitdruck/organisatorische Sachzwänge, "wir sind so wenige, wir haben so viel zu tun und sind vollkommen überlastet", auf eine schon vorher stattgefundene Diskussion: "das haben wir doch schon in Erfurt beschlossen" oder eine Veröffentlichung, und auf den Kongreß verschoben.
Das Aussitzen von Themen, sie an andere Orte, in andere Gruppen zu verlagern, auf Antworten an anderer Stelle oder einer anderen Person und auf Sachzwänge zu verweisen sind Repertoires bürgerlicher Machtpolitik und uns zur Genüge zuwider.
Jedesmal, wenn es dann doch zu einer Diskussion kam, zeigte sich, daß große Unklarheit (und gemeint sind nicht verschiedene politische Positionen sondern über das, worum es eigentlich gehen sollte) unter den Anwesenden herrschte. So wurde auch die Frage "was wollen wir mit diesem "Kongreß"" - die am Rande immer wieder auftauchte und viele von uns beschäftigt(e) - mit großer Empörung als destruktiv zurückgewiesen und auf ein Info verwiesen, in dem wohl DIE ANTWORT steht. Damit wurde die eigentliche Frage, die hoffentlich von uns nie zu Ende beantwortet werden kann "wie treffen sich Autonome und an welchen Punkten/zu welchen Fragen" weggefegt. - zugunsten eines technokratischen, dogmatischen Organisierungsverständnisses (feststehende Tagesordnung, "Kongreß").
D.h. es gibt ein irgendwie von irgendwem zusammengestelltes oder "sich" urwüchsig entwickeltes und "sich" durchgesetztes Programm, was aber kein Ausdruck einer gemeinsam diskutierten Vorstellung/Absicht - zumindest nicht in der Vorbereitungsgruppe - darstellt.

Der anscheinend realpolitische Druck (Politchecker!), verhinderte es, eine Atmosphäre aufkommen zu lassen, von aufeinander einlassen, von sich gegenseitig Vorstellungen vermitteln, von sich umeinander bemühen, von gemeinsam etwas entwickeln, von Ruhe und Gelassenheit. Das gab dem Treffen einen bürokratischen, hektischen, unterschwellig aggressiven Charakter.

Sonntags stand uns von Anfang an die Abreise spürbar im Nacken. Zwischen 12 und 15 Uhr löste sich die Versammlung auf. Schnell zu einem neuen date, "obwohl noch nicht alles im Kasten" - bedauerlich, sorry!?
Es wäre eine gute Möglichkeit gewesen, auch mit wenigen, über einige Fragen tiefer, genauer und vielleicht offener zu reden. Was wollen wir eigentlich voneinander? Vielleicht sollten wir uns Zeit nehmen, das herauszubekommen.

Es gab einmal den formulierten Anspruch, daß unser Begriff von Autonomie, so unterschiedlich und ungeklärt er sein mag, auch in der Vorbereitung und im "Kongreß" selbst sichtbar werden sollte und nicht nur auf dem "Kongreß" als Thema. Das bedeutet, daß darum ständig, auch in der Vorbereitung gestritten werden müßte. Und es wurde gesagt: "Was in der Vorbereitung nicht läuft, wird auf dem "Kongreß" nicht stattfinden! Dieser Anspruch scheint von einigen, der Kongreßmaschinerie zum Opfer gebracht worden zu sein. Setzt sich das durch, so bedeutet das, daß wir uns selbst zum Objekt machen, als Mensch nicht mehr vorkommen, uns in dem "Kongreß" als entfremdete Veranstaltung selbst funktionalisieren - wir denken, das ist weitgehend geschehen. Oder ist das, was jetzt stattfindet, in Wirklichkeit die Konkretisierung ihres/unseres Autonomiebegriffs???
Darauf deutet hin, wenn mehrmals gesagt wurde, als Leute ihr Unwohlsein über die Art der Vorbereitung äußerten: "die eigentliche Idee, mit der wir die Kongreßvorbereitung angefangen haben, ist gescheitert, wir müssen jetzt eine pragmatische Lösung, eine Notlösung finden!" Oder, als es um die Funktion eines offenen Briefes "an verschiedene Gruppen der Autonomen Bewegung" ging: "Der Brief hat mit unseren Inhalten nichts zu tun, das ist kalte Politik". Wir haben den Eindruck, daß den Leuten, die so etwas sagen gar nicht klar ist, was sie da eigentlich vertreten.

Was ist/war die eigentliche Idee und was ist aus ihr geworden?

Die Idee, daß wir uns als Autonome wieder einmal treffen müßten gärte in einigen Köpfen eigentlich schon lange, und wurde dann von einigen BerlinerInnen aus ihrer speziellen Geschichte heraus öffentlich ausgesprochen.

Viele(?) von uns hatten den Eindruck, (auch nach der Auflösung/Zusammenbruch der DDR und der Inbesitznahme der DDR durch die BRD), daß wir keine gemeinsamen Antworten und Perspektiven hatten - die hatten wir auch vorher schon lange nicht, aber der Eindruck verstärkte sich - als Idee/Identität auch nicht mehr sichtbar waren; wir brauchen eine Zäsur, Besinnen, Nachdenken, Orientierung, so wie es war und zur Zeit läuft geht es nicht weiter. Das Verbindende, wenn wir von "wir" reden, war/ist der Begriff "Autonome" - der sicher sehr unterschiedlich gefüllt wird, zur Zeit kaum greifbar ist - und das gegenseitige Kennen aus gemeinsamen - durchaus auch spektakulären und sichtbaren - Aktionen und Kampagnen und nicht zu vergessen, die Eigenidentifizierung, die weitgehend über die bürgerlichen Medien läuft.

Es stellte sich bald heraus, daß das Bedürfnis nach dieser Auseinandersetzung nicht so groß war wie vermutet. Zusammenhänge, wie Frauengruppen, MigrantInnengruppen, Männergruppen fühlten sich von der Idee eines gemeinsam Treffens kaum angesprochen oder sie zogen sich nach anfänglichem Interesse wieder zurück. Leute aus dem Osten haben die Vorbereitungen bisher nur sehr zögerlich mit großem Mißtrauen und auch Unverständnis beobachtet. Diese Reaktionen scheinen kaum verstanden zu sein und somit auch nicht in die weitere Vorbereitung einzufließen. Andere Gruppen haben sich von dem Begriff "Autonomie" verabschiedet und reagierten ablehnend, desinteressiert bis distanziert auf die Aufforderung, sich an den Vorbereitungen zu beteiligen.

So wurde der Gedanke eines Autonomen Treffens immer mehr von einzelnen/vereinzelten Individuen am (Über-)Leben gehalten.
Das wäre alles vielleicht nicht so dramatisch, wenn wir uns dieser Realität gestellt hätten, den Raum geöffnet hätten - auch mit wenigen - für Kommunikation, und um herauszufinden, wie das aussehen kann. Aber das hätte bedeutet, das Risiko einzugehen, vielleicht festzustellen, daß wir uns nichts zu sagen haben, oder aber vielleicht auch, gemeinsame Ansatzpunkte und neue Ansätze für gemeinsame Politik und Alltag herauszufinden. Das haben wir uns jetzt ziemlich verbaut, möglicherweise eine Chance vertan. Das Programm soll jetzt nachträglich inhaltlich gefüllt werden.

In diesem Kontext wird sichtbar, was schon der Begriff "Kongreß" - und das ist sicher nicht zufällig, sondern bewußt und folgerichtig - meint: er führt zwangsläufig auf Resultatsdenken, schleppt mit sich den "Erfolg", hat noch nicht stattgefunden und muß sich ständig rechtfertigen, ist Zurückgreifen auf bewährte, scheinbar sichere Muster und ist Angststruktur, "damit nichts aus dem Ruder läuft". So entsteht sicher nichts Neues, so wird sich nichts lebendig entfalten, führt nicht zu Empörung und Wut, sondern zu Anpassung, Konservierung, Verwaltung und es ist dann auch nur konsequent wenn immer wieder - wenn inzwischen auch etwas versteckt - der Ruf nach "Prominenten" - "denn sie sind ja prominent, weil sie was zu sagen haben!" - auftaucht, oder wenn gruppendynamische, pädagogische Konzepte diskutiert wurden.

Die Situation ist jetzt, daß einzelne Personen eine Veranstaltung für eine erwartete/erhoffte, bisher noch anonyme große Anzahl (zur Zeit werden Zahlen von 1000 und mehr "gehandelt") von TeilnehmerInnen organisiert. Es wird ein Programm festgelegt, in dem die TeilnehmerInnen sich integrieren sollen. Für die geplanten Beiträge werden ReferentInnen/Gruppen/Zusammenhänge gesucht, die aber nicht einmal die politische Diskussion/das Selbstverständnis/die Kontroversen der Vorbereitungsgruppe wiedergeben können, weil in der Vorbereitungsgruppe bisher keine inhaltlichen Diskussionen stattgefunden haben. Die Inhalte scheinen verlorengegangen zu sein, möglicherweise waren sie vorher nicht vorhanden!? Die Sprachlosigkeit wird durch ein Spektakel verschüttet und wir stellen uns selbst in ein Schaufenster/in eine Vitrine.

Formale und politisch administrative Gesichtspunkte treten immer mehr in den Vordergrund, um einen "erfolgreichen (!?) Kongreß auf die Beine zu stellen". Das scheint die Anzahl der TeilnehmerInnen und die Öffentlichkeit in den Medien zu sein.
Ein Ausdruck davon ist, wenn darüber gesprochen wird, den Kongreß attraktiv zu gestalten, Werbung/P.R. zu betreiben, Marketingkonzepte (kulturelle high lights, Plakate, Videoclips) diskutiert werden.

Wie eine Agentur, die eine Propagandastrategie für ein Produkt der Kulturindustrie entwirft - letztlich Unterhaltung/Konsum organisiert - und für das Produkt selbst keine Verantwortung übernimmt.

Zusätzlich würde der Umgang mit den Medien eine genaue Diskussion erfordern, eine Diskussion um die Rolle der Medien/Kulturindustrie in der herrschenden Gesellschaft, darum, wie wir selbst als Autonome in diesen Medien vorkommen, ob es überhaupt möglich ist, über diese Medien in unserem Sinne, Menschen zu erreichen. Aber dazu müßten wir natürlich zuallererst wissen, was "in unserem Sinne" bedeutet. So unreflektiert wie bisher, heißt, sich diesen Medien und dem herrschenden Medienverständnis auszuliefern.

Wir wollen ganz was anderes als diese Gesellschaft - dabei können auf keinen Fall auf Rezepte oder fertige Modelle zurückgreifen - und wir können die Herrschaftsinstrumente dieser Gesellschaft nicht einfach für uns nutzen, und schon gar nicht, die Vertretung unserer Interessen ihnen überlassen.
(Das gleiche gilt für die herrschenden Begriffe, Denkstrukturen, wissenschaftlichen Methoden, dem herrschenden Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsbegriff, auf die sich autonome Politik/Theorie nie unreflektiert beziehen kann.)

Daran knüpfen sich viele Fragen über unseren "Autonomiebegriff", und sicher auch Fragen, wieweit Verdrängung, Kompensation, neurotische Prozesse, persönliche Eitelkeiten, die Suche nach Profil in dieser Gesellschaft "im Spiel" sind.

In dem Aufnehmen dieser Fragen und der Bereitschaft, sich auseinanderzusetzen, vor allem aber in der Erstellung einer Atmosphäre, die dies ermöglicht, verstehen wir unsere weitere Zusammenarbeit.

Hamburg, Februar 1995

1 Gespräch aus dem

Lesebuch zum Autonomie-Kongreß



Brigitte:
37; autonome Rhein-Main-Szene; Startbahn-Bewegung; Anti-Nato; seit etlichen Jahren Arbeit an Vernetzung autonomer Zusammenhänge; feministische Politik

■ Wie lange bist du schon politisch aktiv?

Seit Ende der 70er Jahre.

■ Hast du ein unversöhnliches Verhältnis zu den gesellschaftlichen Strukturen?

Ja, das würde ich schon sagen. Sogar zunehmend, das hat sich im Laufe der Jahre wahrscheinlich sogar zu mehr Klarheit entwickelt. Ich bin ja eher über den Kopf, also über die Beschäftigung mit bestimmten Themen in die Bewegung reingekommen und erst nach und nach zu einer inneren Entschiedenheit gekommen. Versöhnung mit den gesellschaftlichen Strukturen ist für mich undenkbar.

■ Und welche Strukturen sind das?

Oje, schwierige Frage! Das einfachste ist sicher, das weltweit zu begründen: Zum Beispiel das Gefälle, das als "Weltmarkt" bezeichnet wird. Was imperialistische Ausbeutung[1] heißt und wie es den Alltag hier prägt, ist für mich heute greifbarer - es wird ja auch immer schärfer - und da bin ich auf jeden Fall unversöhnlich.

■ Unter welchen Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Macht- und Gewalt-Verhältnisse leidest du selbst im Alltag?

Ich weiß nicht, ob ich da in bezug auf mich selber von "leiden" sprechen würde. Ich denke, daß ich mich an einigen Punkten entziehen kann, vielleicht auch an existentiellen Punkten. Wenn ich arbeiten gehen muß, dann ist das meistens eine Arbeit oder eine Form von Arbeit, die nicht nur stumpf und leer macht; aber ich habe auch nie länger als ein paar Jahre am Stück arbeiten müssen, auch deshalb weil ich mein Leben so organisiert habe, daß ich nicht so viel Geld brauche.
So hart ich unseren Alltag insgesamt finde - in den Strukturen, in denen ich lebe, helfen wir uns schon gegenseitig, so daß ich das Gefühl habe, daß ich dem äußeren Druck nicht so ganz ausgeliefert bin.

Aber auf der anderen Seite macht es mir sehr viel aus, auch in unseren eigenen Strukturen die Grenzen zu erleben.

■ Wo erlebst du diese Grenzen?

Das sind die Schwierigkeiten, die wir haben, wenn es darum geht, mit einem anderen Begriff von Verantwortlichkeit zusammenzuleben als in diesen Familienstrukturen, gegen die wir uns quergelegt haben. Da immer wieder an unsere Grenzen zu stoßen finde ich sehr hart, das berührt mich unmittelbar.
Ich muß aber auch zugeben, daß ich mich bei der Brutalität, die hier den Alltag bestimmt, manchmal so empfinde, als ob ich daneben stünde. Das heißt nicht, daß es mich nicht berührt, aber wenn ich von mir selber erzählen soll, würde ich nicht damit anfangen. Das ist sicher auch Ausdruck meiner Privilegien in dieser Gesellschaft.

■ Du könntest also den gesellschaftlichen Widersprüchen aus dem Weg gehen, wenn du wolltest?

Das glaube ich auch wieder nicht. Ich glaube nicht, daß ich mein Leben so organisieren kann, in einem Umfeld von alternativen Projekten, die mich von der übrigen Realität abschirmen. Ich kann nicht darüber hinweggucken, was dieses Frankfurt bedeutet, wie hier gearbeitet wird, wie Razzien gegen MigrantInnen[2] stattfinden, wie der Sexismus hier alltäglich ist. Das kriege ich mit; das geht mich auch an, weil es etwas mit mir macht.

■ Was macht es denn mit dir?

Es macht mich wütend und ich leide darunter, daß wir so wenig konkret dagegen setzen können, und ich bin ratlos, wie wir dagegen leben können. Sicher, ich leide auch unter der konkreten Bedrohung durch Bullen oder allgemein durch Männer, auch unter bestimmten Arbeitsbedingungen; aber das ist nicht so im Zentrum.

■ Wenn ich dich frage: Wie sieht der Feind aus? fällt dir dann ein Bild ein?

Hier ist das nicht so schwer, da fällt mir sofort die Skyline von Frankfurt ein. Früher wären mir sicher zuerst die Massen von Bullen an der Startbahn eingefallen, die auf alles mögliche draufhauen. Jetzt ist es eher der Alltag in der Stadt, diese Sauberkeit, die ständigen Razzien. Aber auch das Juppie-Leben, das hier das Straßenbild bestimmt; die fangen ja schon mit 19 oder 20 Jahren an. Und der Flughafen - der ja nun Drehscheibe von Militärs und Weltmarktfracht ist. Überhaupt das, was überall hinter den Glastüren steckt, das ist schon ein Feindbild...

■ Was wünschst du dir, was sollte anders sein?

Ach, ich glaube nicht, daß es möglich ist, Bereiche herauszupicken und mir eine positive Vorstellung davon zu machen. Das wäre vielleicht in der Häuserkampfzeit noch gegangen. Aber in den Bewegungen, die danach kamen, hat es nicht solche Gegenstrukturen gegeben, die in der Weise die Phantasie mobilisiert hätten.

■ Was wäre für dich ein Moment von Befreiung?

"Befreiung" hört sich ja sehr hochgesteckt an. Ich freue mich schon über einfachste Widerstandsaktionen, die der herrschenden Gewalt und der Ausbeutung noch was entgegensetzen. Ob das nun Huren sind, die sich gegen Doppelmoral

und sexuelle Ausbeutung organisieren. Oder wenn es nochmal irgendwo den Versuch gibt, Häuser zu besetzen. Oder wenn an Sabotageaktionen oder Anschlägen deutlich wird, daß es noch immer Linksradikale, Autonome, Frauenorganisierung gibt, wenn auch vielleicht verdeckt. Es macht mir Mut, wenn ich mitkriege, daß sich MigrantInnen hier organisieren und Flüchtlinge ihre Ausbeutungsbedingungen und Widerstandsformen aus anderen Ländern hier in die Metropolen bringen.

■ Kannst du das so allgemein sagen?

Ob eine Nähe zu solchen Initiativen zustande kommt, hängt für mich auch wesentlich davon ab, wie die Auseinandersetzung mit den Privilegien in der Metropole geführt werden und ob sie rassistische und patriarchale Unterdrückung in ihren Kampf mit einbeziehen.

■ Und was denkst du, was zusammen möglich ist?

Ich stelle mir vor, wieviel wir voneinander lernen könnten, wenn wir mehr Nähe untereinander hätten und wenn die verschiedenen Ansätze von Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse sich gegenseitig ergänzen und verstärken würden. Das wär schon ein Ziel...

■ ...das Moment von Befreiung?

Nein, eher die Vorstellung von einem Rahmen, in dem Befreiung für mich nur denkbar ist: nicht in Ghettos, freiheitliche Lebens- und Kampfformen ohne

Siegesvorstellungen...

■ "Freiheitliche Lebens- und Kampfformen" - was verstehst du darunter?

Im Augenblick verbinde ich wohl vor allem damit, gegen die vom System vorgeschriebenen repressiven Hierarchien und Ausgrenzungen zu leben. Wie ich mir konkret freiheitliche Lebensformen vorstelle, das kann ich jetzt gar nicht genauer sagen. Da stoße ich gleich auf die inneren Grenzen, die die autonomen Zusammenhänge - auch die Frauenzusammenhänge - so stark aufgerieben haben.

■ Was sind das für Grenzen?

Die liegen zum Beispiel in den endlosen Debatten, die wir über alles führen müssen.

■ Warum müssen die denn geführt werden?

Weil wir uns bei allem, was wir praktisch tun, natürlich an unseren Ansprüchen orientieren und dann merken, daß wir sie einfach nicht einlösen können, zum Beispiel unsere grundsätzliche Ablehnung von Hierarchien und neuen Machtansprüchen.

Eine Grenze ist für mich auch durch die Aufteilung von Frauen- und gemischten[3] Strukturen entstanden und durch die Entfernung zwischen Autonomen und MigrantInnen.

■ Hättest du es richtiger gefunden, wenn die autonomen Frauen- und die gemischten Zusammenhänge stärker aufeinander bezogen geblieben wären?

Nein, das auch nicht, denn es ist so mühsam, für alles kämpfen zu müssen, wie es in den gemischten Zusammenhängen nun mal ist, sobald es um die eigene Verstricktheit in die patriarchalen Strukturen geht. Daher erlebe ich die Trennung bis heute auch als Stärkung, sie hat uns Frauen stärker zusammengebracht und vieles zwischen uns erst möglich gemacht. Aber im Unterschied zu der ideologischen Differenz[4], zum Beispiel zu Antiimps[5] oder ML-Gruppen[6] und den sich daraus ergebenden Aufspaltungen, waren das ja Trennungen von "unseren" Genossen und Freunden, mit denen wir eine lange gemeinsame Geschichte haben; es bleibt eine Verbundenheit.

Ein anderes Beispiel für Grenzen, auf die wir immer wieder stoßen, ist das Auf und Ab von Bewegungen. In Bewegungszeiten werden Forderungen aufgestellt, es entsteht eine Vorstellung von dem, worum es geht, die über drei, vier Jahre auch gelebt wird. Erst mit der Zeit stellt sich für die, die sich darin mitbewegen, heraus, was sie wirklich wollen und auch was sie können! Und dann zeigt sich, was nach so einer Aufbruchs- und Jugendstimmung übrigbleibt.

Das ist auch meine Geschichte; und mir ist es deshalb immer wichtig herauszufinden, wo das Verbindliche steckt und was über das Lebensgefühl hinaus, das man sich vielleicht kurzfristig aus einer Bewegung herausholen kann, zum Schluß übrigbleibt: also dabeizubleiben und weiterzusuchen.

■ Kannst du das konkreter sagen?

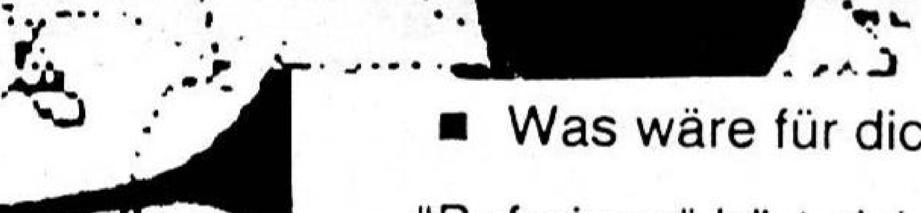
Vor ein paar Jahren haben die Leute ihre Zeugnisse verbrannt und jetzt suchen viele danach oder wiederholen die Prüfungen, um wieder irgendwo reinzukommen.

Ich kann das durchaus verstehen, denn wir sind nicht außerhalb der Gesellschaft und können uns nicht von ihr lossagen, aber gleichzeitig sind das auch Grenzen, die ich spüre. Denn wie verständlich solche Schritte auch sind, sie machen doch etwas mit dir, wenn du dich darauf einläßt.

■ Was machen sie denn?

Solche Leute haben dann oft große Schwierigkeiten, trotzdem noch den Blick dafür zu behalten, was früher ihre Vorstellungen waren und wie die sich dann später unter dem Druck, doch irgendwie einen Halt zu brauchen, verändern: also eine feste Arbeit, Kinder kriegen, Zusammenleben in der Beziehung.

In der WG gibt es ähnliche Entwicklungstendenzen. Immer mußt du dich fragen, was es mit dir macht.



■ Also die Stunde der Wahrheit über eine Bewegung tritt erst nach ein paar Jahren ein? Wenn's nur eine Entwicklungsphase war...

Ich kann mich nicht so darüber stellen; ich kann nur sehen, daß es immer so ist, daß es Aufbruchsphasen gibt, in denen viel passiert, auch wenn es für die Akteure darin nur eine Phase ihrer eigenen Entwicklung ist. Damit komme ich schon zurecht, aber wenn dann sehr wenige übrigbleiben, die darin auch versuchen, organisatorische Strukturen zu entwickeln und verbindlichere Brüche zu vollziehen, also wenige, die so eine Phase gemeinsam überleben, weil es einfach für sie notwendig ist, dann ist es schon bitter.

■ Braucht eine Bewegung, um zu einer gesellschaftsverändernden Kraft zu werden, nicht immer wieder einen äußeren Markierungspunkt, an dem sie sich entfalten kann - Vietnamkrieg, Anti-AKW, Startbahn, IWF...?

Wahrscheinlich...

■ Ist so was in Sicht?

Würde mir im Augenblick nicht einfallen. Der Golfkrieg hat gezeigt, daß wir uns in den meisten internationalen Konflikten heute nicht mehr so eindeutig auf eine Seite stellen können. Auch die Solidarität mit den Befreiungskämpfen in Süd-Kurdistan ist nicht mehr so einfach.
Ich trauere den früheren Klarheiten auch gar nicht nach. Die Differenziertheit in unserer Herangehensweise an solche Kämpfe ist ja auch Ergebnis von politischen Lernprozessen bei uns.
Es gibt so viele Konflikte und Widerstand, lokal und weltweit, an denen sich etwas entfalten könnte. Wenn es nur daran hinge, müßte es eigentlich ganz viele Bewegungen geben.

■ Warum entwickelt sich daran nichts mehr? Was würde z.B. passieren, wenn die USA Kuba angreifen?

Ich kann das nur für mich sagen. Wichtig ist erstmal, daß es gar nicht diesen eindeutigen positiven Bezug zu Kuba gibt, und auch keine Jugendbewegung oder Revolte, die im Bezug darauf hier entstanden ist. Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg hatte ja viel mit dem Aufbegehren gegen die kleinbürgerlichen engen Verhältnisse in dieser Gesellschaft und mit der Verlogenheit gegenüber der eigenen NS-Vergangenheit zu tun, mit der die Elterngeneration den Wiederaufbau und die Wohlstandsgesellschaft nach dem Krieg betrieben hat.
Einen entsprechenden Zusammenhang gibt es sicher auch für die Solidaritätsbewegung, die später für bestimmte revolutionäre Entwicklungen Stellung bezogen haben. Da war denn auch noch ganz klar: Wenn solche Länder angegriffen wurden, dann geht man auf die Straße!
Das gibt's heute nicht mehr. Das ist sicher auch ein Fortschritt; die Frage ist nur, wie du das differenzierte Verhältnis zu den Befreiungsbewegungen in den Trikont-Ländern so umsetzen kannst, daß es möglich ist, klarer zu entscheiden, wen du worin unterstützt.

■ Warum verstellt der "differenziertere Zugang", wie du sagst, die Möglichkeiten praktischer Solidarität?

Das ist ein grundsätzliches Problem: Ich kann zwar auf die Straße gehen, weil ich die Position eines Landes im Trikont[7] prinzipiell unterstützen will, aber der Bezug existiert eigentlich gar nicht im Konkreten: Ich kann mich nicht auf die Mehrheitsmeinung in der Region beziehen, weil ich den angeblichen Willen des Volkes von der neuen Macht bzw. der Befreiungsbewegung vorgesetzt bekomme. Dort gibt es vielleicht zeitweise zwingende Gründe dafür, einen geschlossenen Kampf gegen einen mächtigen äußeren Feind zu führen. Aber oft ist das der Anfang der neuen Unterdrückung sozialer Bewegungen von unten, der Kämpfe der Frauen, der Bauern und Bäuerinnen oder verschiedenster kleinerer gesellschaftlicher Gruppen.

■ Das heißt, man kann der abbröckelnden Solidarität zu Befreiungsbewegungen nicht nur hinterherjammern - vieles daran war eben auch einfach falsch?

Auf der anderen Seite finde ich so ein pauschales Wegwenden, wie es jetzt oft passiert, auch nicht gut. Es ist zwar notwendig, zum Beispiel in der Palästina-Solidarität, sehr klar auch über den Antisemitismus darin zu reden, also auch die Haltung zu kritisieren, daß es gegen den israelischen Staat geht und alle anderen Widersprüche dahinter zurückzustehen haben. Aber ich habe das Gefühl, daß solche Kritik im Moment gerne genommen wird, um alles von den damaligen Positionen hinten runter zu kippen.
Sie wird dem, was in den langen Jahren der Solidarität mit Palästina passiert ist, sicher auch nicht gerecht. Zum einen gab es hier immer verschiedene politische Ansätze von Solidarität mit den palästinensischen Kämpfen. Zum andern gibt es bereits seit einigen Jahren auch in diesem Zusammenhang Diskussionen um den Antisemitismus in der Linken. Nur schade, daß die Kritik am Antisemitismus nicht dazu genutzt wird zu präzisieren, was denn kritische Solidarität sein könnte, sondern hauptsächlich dazu, mit den bisherigen Solidaritätsbewegungen abzurechnen.
Ich finde auch die Handlungsunfähigkeit von uns fatal, die letztendlich doch zeigt, daß wir weiterhin nur auf die Befreiungsbewegungen sehen. Die Distanz oder Ablehnung von der PKK[8] in Türkisch-Kurdistan oder der anführenden Parteien in Irak-Kurdistan kann uns doch eher die Möglichkeit eröffnen, Bewegungen und Kämpfe von unten dort wahrzunehmen und in Solidarität mit ihnen hier etwas gegen die Kriegsfinanzierer und Weltmarktorganisierer zu machen.

■ Wie kommen wir über die Verteidigung der letzten Spielräume hinaus wieder in die Offensive, also wie ist das Funktionieren der Menschen in dieser Gesellschaft zu stören und zu untergraben? Welche Rolle spielt Aufklärung, der Versuch, etwas anderes zu leben, oder die Eroberung von gesellschaftlicher Macht?

Das kann man natürlich nicht getrennt sehen. Aber zuerst mal zu dem zweiten Punkt: Ich sehe das nicht so sehr als eine großartige Möglichkeit, gegen das System zu leben, sondern anders herum: Es gibt einige hier, die dagegen leben müssen. Das sind die, die hier eh besonders mit den Verhältnissen zu kämpfen haben und die niemals so ein großes Stück vom Kuchen abkriegen werden. Die leben schon jetzt ein Stück außerhalb; die Frage ist dann, ob sich das auch zu

einem "Dagegen" wandelt.

■ Das ist aber nicht vornherein ein Angriff auf die Machtverhältnisse

Diese sozialen Kämpfe bringe ich auch nicht so direkt zusammen mit den Bewegungen und "unseren" organisierten Widerstandsformen. Aber das Zusammenwirken von Aktionen der RZ[9], Rote Zora[10] und militanten Gruppen mit vielen tausenden Aktiven in den Bewegungszeiten - Anti-AKW, Startbahn, Häuserkampf, gegen die NATO, radikale Frauenbewegung - konnte, meine ich, eine Ahnung davon vermitteln, daß man auch hier in der Metropole den vorherrschenden Entwicklungstendenzen etwas Weitergehendes entgegensetzen kann. In dem Zusammenhang finde ich auch die Auseinandersetzung mit der RAF notwendig.
Ich halte es durchgängig für wichtig, militante Perspektiven als Teil des Widerstandes zu entwickeln, weil sie in manchen Phasen eine große Bedeutung haben. Sie können Orientierungen und Anstöße geben und haben eine nicht zu unterschätzende Mobilisierungskraft.

■ Warum, wovon hängt das ab?

Der Sachschaden ist ein Ausdruck für den Wunsch, aber auch die Möglichkeit, die herrschende Ordnung zu sabotieren. Ich kritisiere darin eher das Konzept von Gegenmacht, was dabei meist mitgemeint ist, also die Vorstellung, daß die, die sich so organisieren, auch die weitestgehenden Konzepte haben - das finde ich Käse. Aber ich würde es auch nicht unterschätzen, daß solche Militanz konkret Perspektive geben kann.

■ Sachschaden als finanzieller Faktor? In Berlin hieß es Anfang der 80er Jahre: "Für jedes geräumte Haus eine Million Sachschaden!"

Nein, ich glaube, auch der ist letztlich eher ein politischer. Selbst größerer Sachschaden bleibt im Rahmen der Portokasse. Zum realen Faktor wird das erst durch die Angst der Herrschenden, daß das mehr Leute auf die Idee bringt, es könnte eben auch andere Möglichkeiten geben...

■ Ist so etwas wie Gegenmacht notwendig, um gesellschaftliche Veränderungen - auch über Bewegungs-Blütezeiten hinaus - längerfristig abzusichern?

Ich finde das gerade eine offene Diskussion. So wie "Gegenmacht" - auch von autonomen Linken - bisher benutzt wurde, wurde ein bestimmtes Modell von Machtausübung mit übernommen, wobei sich die Hierarchien, die wir bekämpfen, zwangsläufig reproduzieren müssen.

■ Mal konkret - wenn es darum ginge, eine neue Kampagne anzuschieben, die vielleicht zu einer neuen Bewegung werden könnte, würdest du versuchen, darin zu einer anderen Struktur als bisher zu kommen: also Kleingruppenbezug nach innen, Bewegungskonzept nach außen? Was würdest du anders machen?

Ich weiß gar nicht, ob man die Frage überhaupt so stellen kann. Denn das Bewegungskonzept ist ja nicht ausgedacht, das hat sich dadurch eingestellt, daß eben Leute zusammengekommen sind, die an die Wurzeln gehen wollen, die an der Stelle, wo sie sind, bereit sind, radikale Schritte zu machen.
Bewegungskonzept heißt für mich nichts weiter, als mich auf diese Tatsache zu beziehen. Das heißt: breiter mobilisieren und gleichzeitig in Kleingruppen verbindlich sein - das greift ineinander. Ich wüßte nicht, was man an diesem Punkt anders machen könnte.

■ Du würdest also in die nächste Bewegung wieder genauso reingehen?

Ich finde einen anderen Punkt wichtiger: Hier in der Startbahnbewegung gab es einen kleinen Bereich, wo Leute aus dem Umland in Bürgerbewegungen mobilisiert waren und eine Vermischung von organisierten autonomen Strukturen und anderen Gruppen entstand. Ich habe aber gemerkt, daß in der Bewegung alle Aktivitäten auf uns bezogen waren: darauf, festere Zusammenhänge zu organisieren, darauf, alles zu tun, um so ein Projekt wie die Startbahn zu kippen - das

hat alles eingenommen. Und andere soziale Fragen, die hier in der Region vielleicht genau so bedeutend waren, hatten darin überhaupt keinen Raum mehr. Wir haben das nicht hingekriegt, die Bewegung hin zu anderen grundsätzlichen sozialen Antagonismen[11] zu öffnen. Das hat meist wenig miteinander zu tun gehabt, sondern ist immer eher parallel gelaufen.

■ Also ist die Frage nicht: Organisation oder Bewegung - sondern, wie man sich in eine existierende Bewegung reinstellt, oder in welcher Breite man sich da einbringt...
Was ist für dich das nächste konkret formulierbare Ziel, etwas, woran du die nächsten Jahre arbeiten willst?

Ich kann natürlich nicht voraussehen, was es an Bewegung geben wird, die mich anzieht und von der ich dann vielleicht Teil sein werde. Davon abgesehen denke ich, daß ich mich sicher viel damit beschäftigen werde, was an Strukturen und Ansätzen autonomer Politik, autonomer Frauenbewegung rüberzuretten ist, und organisatorische und inhaltliche Ansätze weiterzuentwickeln, auch ohne diese Bewegung.
Außerdem finde ich es sehr wichtig, aus unseren autonomen Strukturen heraus einen besseren Zusammenhang zu anderen gesellschaftlichen Gruppen hinzukriegen, eine Öffnung, so daß wir stärker soziale Fragen aufgreifen und schauen, wieweit da gemeinsame Erfahrungen möglich sind.

■ ..also Kontinuität wahren und Öffnung.

...wobei ich die Kontinuität und Verbindlichkeit stärker in den Frauenzusammenhängen suche.

Aspekte der Autonomie

(Notizen zur Diskussion um den Autonomie-Begriff im Infoladen BANKROTT anhand des Papiers in der INTERIM Nr.310)

(also, hier werden jetzt nur Bruchteile der äußerst vielschichtigen & anregend geführten Diskussion geschrieben stehen, die außerdem der völlig subjektiven Wahrnehmung eines einzelnen entsprechen; das Fragmentarische um den erneuten und weiteren Anstoß zu ermöglichen sozusagen...)

erste kritik

Erste Kritik an den Berliner Thesen war die Behandlung des Themas aus einer scheinbar objektiven Position heraus bzw. von einem [illegible] Standpunkt herab. Konkret wurde die Auseinandersetzung mit (bzw. die Benennung des) Patriarchatskonflikts innerhalb der Szene vermißt. Ein Text, der sich mit Autonomie als solcher befaßt und dabei die Debatte nach den Interviews über "Sexualität & Herrschaft" nicht berücksichtigt, die in den letzten Wochen & Monaten die patriarchalen Strukturen & Verhaltensweisen auch der Szene-Männer diskutiert, kritisiert und angeklagt hat, verliert seine Glaubwürdigkeit. (Demzufolge wurden auch ausschließlich Typen als Verfasser vermutet).

beliebigkeit

Hinter dieser direkten Kritik steht außerdem der Vorwurf der BELIEBIGKEIT; ein Begriff, der auch die weitere Diskussion mitbestimmte, weil der Zusammenhang zum Inhalt des Berliner Papiers sich aufdrängte:
Daß das Subjekt als "die letzte und entscheidende Instanz" begriffen und jede absolute Welterklärung abgelehnt wird (vergl. These 4), leuchtet erstmal ein und kann aus autonomer Sicht auf den ersten Blick kaum Widerspruch hervorrufen. Genauer betrachtet, liegt hier allerdings einer der grundsätzlichen Knackpunkte der gesamten Diskussion. Logischerweise wird damit der Begriff des INTERESSES zum entscheidenden Faktor für Veränderung.
Zwar wird damit einerseits die leidige Haupt- und Nebenwiderspruchskacke des dogmatischen Marxismus über Bord geworfen, andererseits scheint diese Bestimmung die Grundlage für jedes politische Handeln aufzuheben.
Konkret: auf diesem Hintergrund war es den Autoren (& Autorinnen) möglich, ganz legitim, weil nicht in ihrem Interesse, die Patriarchatsdiskussion unter den Tisch fallen zu lassen.
Die Frage, die für (& bei) uns im Raum stand, war, ob es nicht doch Situationen gäbe, in denen Auseinandersetzungen selbstverständlich herausgefordert, wenn schon nicht vorausgesetzt werden dürfen/ müssen/ können. (Daß es das Patriarchat gibt, ist eben klar und deshalb muß innerhalb der Szene über Frauenräume -hoffentlich- nicht mehr diskutiert werden. Sie sind selbstverständlich aufgrund einer konsensfähigen Analyse.).

zwischen zustand & betroffenheit

Konflikte und Auseinandersetzungen werden damit (These 4) auf Angelegenheiten bloßer BETROFFENHEIT reduziert. Nur wer sich unterdrückt fühlt, kann auch das Interesse entwickeln, an diesem Zustand etwas zu verändern. Das schließt v.a. auch die ZUSTÄNDIGKEIT anderer, nicht konkret Betroffener aus. Es geht uns aber doch um mehr als eigene Handlungsspielräume (vergl. These 3) auszuloten und zu erkämpfen. Die Abschaffung aller Herrschaftsverhältnisse impliziert auch den Anspruch an die Veränderung der gesamtgesellschaftlichen (Lebens-)Verhältnisse -also auch an andere Menschen-, der Produktion & Distribution, und nicht "nur" den Kampf um immer größere (und sich möglicherweise ausbreitende) Nischen.

herrschaftsverhältnisse im allgemeinen & konflikte im besonderen..

Wenn die Analyse ergibt, daß sich ALLE Konflikte auf Herrschaftsverhältnisse zurückführen lassen, dann läßt sich daraus auch eine Parteilichkeit im Umgang mit Menschen ableiten, der (trotzdem) ohne "absolute Wahrheiten" auskommt. (Das schien für einige Minuten Gruppenkonsens zu sein...).
Der in These 3 verwendete Begriff VERURSACHUNG (dort im Gegensatz zu SCHULD als unbrauchbarer, moralischer Kategorie) kann dabei zum Aufzeigen, Anklagen und Bekämpfen von gesellschaftlichen WIDERSPRÜCHEN hilfreich sein. ("Hilfreich" ließe sich ehrlicherweise wohl mit "notwendig" ersetzen -widerspruchsfrei war die Diskussion an diesem Punkt aber nie: wie lassen sich Ansprüche an andere an die Welt formulieren, ohne die eigenen Maßstäbe zur obersten Maxime für alle zu machen?)

Den "eigenen Handlungsspielraum" zum Gegensatz der Täter-Opfer-Benennung zu machen (These 3), erschien auch aus dem Grund der daraus sich ergebenden Beliebigkeit zu kurz gegriffen. Die Täter-Opfer-Schablone muß sich jedoch nicht, wie im Papier erläutert, aus der moralischen Schuld-Kategorie. Um Schuld/ Verantwortlichkeit *politisch* (statt moralisch) zu begründen und folglich auch benennnen zu können, wurde sich auf die Kategorien PROFIT und LEIDEN bezogen. Wer/welche profitiert und wer/ welche leidet an welchen Zuständen, ist im einzelnen wie im allgemeinen von einer herrschaftskritischen Analyse her ableitbar. (Daß es dabei seltenst 100%ige Täter und ebenso "reine" Opfer gibt, wurde vorausgesetzt.).

kampf um unabhängigkeit

Im Kampf gegen alle HERRschaftsverhältnisse müssen Täter(Innen) benannt werden, aber nicht, um sie zu zerstören, sondern um ihnen die MACHT zu nehmen (bzw. zu entreißen). Schließlich geht es darum, ABHÄNGIGKEITEN auf allen Ebenen (psychologische & soziale & ökonomische) aufzudecken und abzuschaffen.

Die Reduzierung des Autonomie-Begriffes auf die subjektive Empfindungsebene erschien uns gerade in Anbetracht der herrschenden Scheinfreiheit für zu oberflächlich. Die sicherlich ernstgemeinten und wirklich empfundenen Glücksgefühle der meisten Menschen hier im Herzen der Bestie und deren konformes Verhalten müßte demnach hingenommen werden, weil die Leute eben ihren Interessen gemäß handeln und empfinden.
Ohne die Berücksichtigung der *materiellen und patriarchalen Grundlagen* dieser Lebensweise, prallt aber auch jede Kritik von vornherein ab.
Es ist sinnlos, den Bürgersleut weismachen zu wollen, sie handelten nicht nach ihren Interessen (sondern nach denen des Kapitals o.ä.), nicht nur weil das anmaßend ist, sondern weil es nicht stimmt. ("Unsern Wohlstand find ich klasse und ich will auch, das alles hier so toll bleibt").

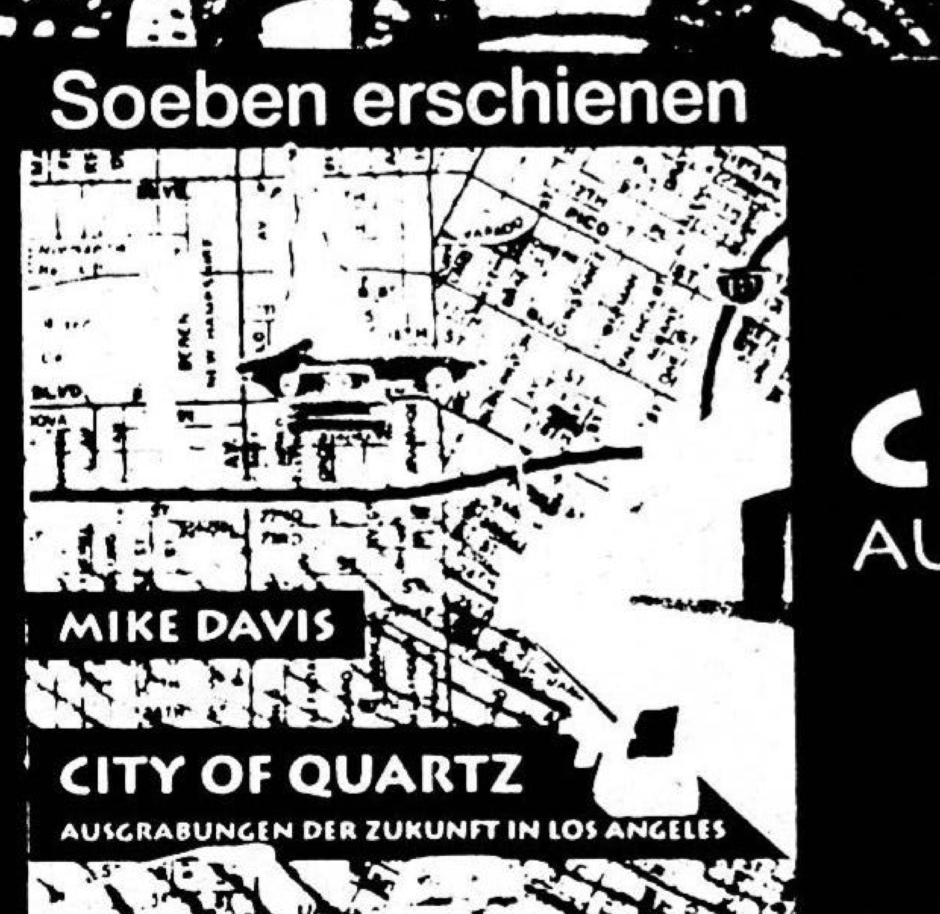
anarchistischer konsens?

Als "anarchistischer Konsens" kristallisierte sich kurzzeitig ein Verständnis heraus, das HERRSCHAFT (Autorität) als per se grundsätzlich "schlecht" begreift und AUTONOMIE als deranzustrebende Gegenpol. (Dabei wurde der in These 8 vertretenen Ansicht zugestimmt, daß nämlich Kollektivität & Autonomie sich nicht ausschließen). Auf der Grundlage der Ablehnung aller Herrschaftsverhältnisse -Herrschaft ist immer zerstörerisch- lassen sich insofern auch "Wahrheiten" formulieren, nach denen sich die oder der Anklagende immmer zuerst "im Recht" befindet. Ein universalistischer Rechtsanspruch (für alle objektiv geltende und verbindliche Normen & Werte) wurde allerdings, wie auch im Berliner Papier angedeutet, als totalitär zurückgewiesen. Übergeordnete, objektive Standpunkte gibt es nicht. Herrschaftsmechanismen gibt es überall und sind immer -ob bei der Ausbeutung des Trikonts oder der emotionalen Ausschlachtung von Frauen überall- zu benennen analysieren

lebensrealitäten

Die unterschiedlichen LEBENSREALITÄTEN der Menschen, die zu den subjektiv verschiedenen Interessenlagen führen, als konkreten Ausgangspunkt für die Analyse zu betrachten, führte zu einer weiteren Differenzierung innerhalb der Gruppe, die bis jetzt nicht ausdiskutiert wurden. Die Unterschiede in den Lebensrealitäten von Frauen und Männern seien immer vorhanden und so grundlegend (auch klassen- ethnischer Zuschreibung übergeordnet), daß es in Gesellschaft wie auch in der Szene sich in erster Linie um die Aufhebung des *gender-Widerspruches* drehe/ drehen müßte. (AnarchistEN und MarxistEN haben mehr gemeinsames, rational wie emotional, als AnarchistEN und Anarchistinnen etc.).

(die Diskussion führten wir am 12. Januar`95, dieses Protokoll entstand Anfang Februar und dient der Fortsetzung und natürlich dem Antrieb der Weltrevolution. der petz)



Was machen wir am 1.Mai 1995 ?

Auch dieses Jahr stellt sich für Antifaschistinnen und Antifaschisten die Frage, wie es gelingen kann, den (wahrscheinlich) geplanten Aufmarsch der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) erfolgreich zu verhindern.

In Berlin versucht die FAP seit 1992 am von ihr so genannten *„Tag der nationalen Arbeit“* einen Aufmarsch durchzuführen.
Dies gelang ihr 1993, während die Aufmärsche 1992 und 1994 verhindert werden konnten.
Am 1.Mai 1994 hatte die FAP einen Aufmarsch in Treptow angemeldet. Angesichts der vielen Antifaschistinnen und Antifaschisten vezichtete die FAP darauf, am Vormittag in Treptow zu demonstrieren.
Nachmittags starteten die FAP´ler einen weiteren Aufmarschversuch in der Grellstraße (Prenzlauer Berg).
Auch dieser konnte gestoppt werden.
Seit einigen Wochen wird darüber diskutiert, wie dieses Jahr am 1.Mai die Mobilisierung gegen einen weiteren FAP-Aufmarsch optimal gestaltet werden kann.
Ein Vorschlag ist, den Aktionsradius der FAP dadurch einzuschränken, daß im Prenzlauer Berg ein größeres antifaschistisches und antirassistisches Straßenfest stattfindet.
Als möglicher Ort für dieses Fest wurde der Thälmann-Park vorgeschlagen. Dieser ist nicht allzuweit von der Grellstraße entfernt. In der Grellstraße 46A wohnt der FAP- Landesvorsitzende **Lars Burmeister**, in der Grellstraße 1B verkauft das **„Ha-Ra-Kiri“** Neonazi-Material.

Mit dem Straßenfest und der Anwesenheit vieler linker Menschen soll ein **politischer** Druck enstehen, der es der FAP unmöglich macht,ihren Aufmarsch im Prenzlauer Berg zu versuchen.
Zugleich besteht die Möglichkeit, viele Menschen über eventuelle FAP-Aktivitäten zu informieren und dagegen zu mobilisieren.
Leider ist die Diskussion um diesen Vorschlag durch die Vorbereitung der antifaschistischen Demonstration am 29.Januar etwas ins Hintertreffen geraten.

Am **Samstag, den 25. Februar** findet ein Treffen statt, um herauszufinden, ob es genügend Gruppen gibt, die diesen Vorschlag unterstützen und bereit sind, dieses Straßenfest aktiv vorzubereiten und durchzuführen.
Der Ort und die genaue Zeit können unter der Telefonnummer: **442 61 74** erfragt werden.

An die Kreuzberger Gruppen:

Wie zu hören ist, wird es dieses Jahr wahrscheinlich kein 1.Mai-Fest am O-Platz geben (?).
Es wäre schön, wenn die Gruppen, die dieses Fest letztes Jahr organisiert haben, zu dem Treffen kommen und sich bei einer positiven Entscheidung für das Straßenfest im Prenzlauer Berg an der Vorbereitung und Durchführung des Festes beteiligen.



Das Nationale und die Linke

Plädoyer für eine breite Mobilisierung am 8.Mai

Der Begriff des Nationalen/Antinationalen ist als alleinige Kategorie zur Bestimmung von antifaschistischer Politik, zur Einordnung des historischen Faschismus und zur Beurteilung von sozialen Kämpfen nur bedingt geeignet, weil er die spezifische Qualität der unterschiedlichen Nationalismen außer acht läßt und den Charakter des Nationalsozialismus in seinem Wesen verkennt. Es ist zwar gerade in Deutschland gefährlich, in eine Diskussion um die verschiedenen Arten des Nationalismus einzusteigen, weil damit leicht die These von einem angeblich guten Nationalismus verbunden ist. Um aber argumentativ belegen zu können, warum gerade der deutsche Nationalismus im Vergleich zum Nationalismus in anderen Ländern (beispielsweise England, USA oder Frankreich) besonders gefährlich ist, ist es notwendig, das Spezifische des deutschen Diskurses um die Nation zu ergründen. Nur so läßt sich dem Mythos des „Deutschen" zu entgehen, der die deutsche „Volksgemeinschaft" durch die Hintertür doch wieder zum übergeschichtlichen Faktum macht.

Hannah Arendt hat in ihrem Buch *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* die für die heutige Diskussion wohl paradox klingende These formuliert, daß es sich bei den Nationalsozialisten im Kern um eine *antinationale* Bewegung gehandelt hat. Auch wenn Arendt verkennt, daß Nationalismus aufgrund des mit ihm verbundenen Identitätsdenken zwangsläufig in Ausgrenzungsdenken münden muß, so gibt sie doch einen wichtigen Hinweis: Sie führt die faschistischen Bewegungen als Panbewegungen ein, deren Ziel die Überwindung nationaler Grenzen zugunsten einer europäischen bzw. weltweiten völkisch legitimierten Herrschaft gewesen sei. Die Mißachtung nationaler Souveränität sei bei den Nationalsozialisten von vornherein ein Grundsatz ihrer Politik gewesen.[1]

Auch innenpolitisch geht der Nationalsozialismus nicht in allen nationalen Grundsätzen auf, wie sie das Produkt der deutschen Nationalstaatsbildung als Reaktion auf die französische Revolution waren. Auch die nationalstaatliche Politik im Kaiserreich orientierte sich u.a. an dem Grundsatz, allen Menschen auf gleichem Gebiet ungeachtet ihrer Abstammung eine Gleichberechtigung vor dem Gesetz einzuräumen. Die offizielle Politik tendierte daher auch dahin, der jüdischen Bevölkerung den gleichen Rechtsstatus zuzugestehen wie der restlichen Bevölkerung mit deutschem Paß auch. Von den Verfechtern einer deutschen Republik konnte schließlich keine Nation in der Nation geduldet werden, die irgendeinen Sonderstatus für sich beanspruchte. Dennoch vollzog sich der Prozeß der Assimilierung in Deutschland nur sehr zögernd und wurde schließlich von der immer stärker werdenden völkisch-nationalen Bewegung behindert.[2]

Es würde den Rahmen sprengen, an dieser Stelle ausführlicher auf die Geschichte des Antisemitismus und seinen Zusammenhang mit dem Nationalismus einzugehen. Dennoch sollte hier deutlich werden, daß der Nationalstaatsgedanke auch in der deutschen Geschichte eine vielschichtige Zielsetzung hatte; zwischenzeitlich unter anderem auch die rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung, die freilich bald durch die antisemitische Bewegung rückgängig gemacht wurde.

Die antisemitische Politik der Nazis, die an ein weit verbreitetes völkisches Denken in Deutschland anknüpfen konnte, war von Anfang an vom Grundsatz getragen, alle jüdischen Menschen, ob sie assimiliert waren oder nicht, unter ein Sonderrecht zu stellen, mit dem Zweck, diese Bevölkerungsgruppe gegenüber den „Volksdeutschen" zu benachteiligen, abzusondern und auszugrenzen. Die von Raul Hilberg in *Die Vernichtung der europäischen Juden* beschriebenen Eskalationsstufen die dem Holocaust vorausgegangen sind (Definition, Entrechtung, Enteignung, Konzentration) zeigen eindeutig, daß die hier angewendeten Prinzipien nicht die Zuspitzung rein nationalistischer Interessen waren, sondern es sich bei ihnen um eine bis in die letzte Konsequenz getriebene völkische Politik gehandelt hatte.

Der Holocaust stellt, wie Zygmunt Bauman in seinem Buch *Dialektik der Ordnung: Die Moderne und der Holocaust* aufschlußreich aufzeigt, gegenüber anderen Formen des Genozids eine besondere Qualität dar. Ein Genozid ist nicht auf die vollständige Vernichtung einer Bevölkerungsgruppe ausgerichtet, sondern er hat seinen Zweck darin, die Lebensfähigkeit und die relative Autonomie einer Bevölkerungsgruppe zu zerstören. Ein solches Ziel ist dann erreicht, wenn durch den Einsatz von Gewalt und Terror der Willen und die Widerstandskraft der Opfer gebrochen und sie zur Kapitulation und Annahme der aufgezwungenen Ordnung gebracht worden sind. Solche Maßnahmen sind dann erfolgreich, wenn die

---

[1] Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S.24f.

[2] ebenda, S.40.

betroffene Bevölkerungsgruppe aller ihrer Möglichkeiten sich zu wehren beraubt ist. Die Nationalsozialisten gingen über eine solche Zielsetzung weit hinaus. Ihnen ging es darum, die jüdische Bevölkerung als ganze aus dem „deutschen Volkskörper" zu entfernen und schließlich zu vernichten; ungeachtet des möglichen Nutzens bestimmter Gruppen jüdischer Menschen für die nationalen Interessen.

„Die Versklavung der Juden war nie Ziel der Nationalsozialisten. Selbst wenn der Massenmord nicht von Anfang an als Endziel geplant gewesen sein mag, so war doch eines immer klar: die vollkommene *Entfernung* der Juden aus dem Lebensraum der deutschen Rasse."[3]

Wer eine historische Aufarbeitung des deutschen Faschismus fordert und den Weg deutscher Geschichte bis nach Auschwitz beschreiben will, kommt nicht umhin, zwischen Nationalismus und völkischem bzw. rassistischem Denken zu unterscheiden. Die Einebnung dieser Kategorien, wie sie von manchen BefürworterInnen einer antinationalen Bewegung betrieben wird, kann in diesem Zusammenhang nur als völliger Rückschritt in der Diskussion um eine antifaschistische Ausrichtung linker Politik begriffen werden.

Die Begriffslosigkeit der Antinationalen, mit der jede Äußerung von nationalem Denken von Stefan Heym über Ulrike Meinhof bis Bärbel Bohley als Wiedergeburt des Nationalsozialismus begriffen wird, ist der Beurteilung der gegenwärtigen politischen Entwicklung wohl kaum dienlich. Daß jedem Nationalismus entgegengetreten werden muß, steht außer Zweifel. Wo aber bereits ein Bezug auf ein „antifaschistisches Deutschland" oder ein Eintreten für „ostdeutsche Interessen" – so fragwürdig und gefährlich eine solche Argumentation auch ist – als „aggressiv völkisch"[4] interpretiert wird, ist jede Differenzierungsfähigkeit verloren gegangen.

Außer Zweifel steht, daß in der deutschen Geschichte der Nationalismus seit den sog. „Berfreiungskriegen" und spätestens seit 1848 in einer völkisch-rassistischen Tradition stand, der die republikanische Version eines Nationalismus, die in anderen westlichen Ländern stärker ausgeprägt war, immer weiter zurückdrängte. Der deutsche Nationalismus war deshalb schnell synonym mit einer aggressiven Politik der Ausgrenzung innerer und äußerer Feinde. Diese Tradition macht den deutschen Nationalismus im Vergleich zu anderen Nationalismen besonders gefährlich. Für die Linke in Deutschland kann daher emanzipatorische Politik nur antinationalistisch sein, im Bewußtsein, daß es notwendig ist, gegen die wieder stärker werdenden völkisch/rassistischen Untertöne des deutschen Nationalismus vorzugehen. Im diesem Zusammenhang ist das Gerede vom guten Nationalismus besonders gefährlich, weil es doch Tür und Tor öffnet für eine Restauration völkisch/rassistischer Gesinnung und weil sich jeder Nationalismus als Sammelbecken für Ausgrenzungsideologien besonders gut eignet.

Es ist jedoch wichtig festzuhalten, daß es sich beim Nationalismus um eine vorpolitische Größe handelt, die erst in der Verbindung mit anderen Ideologien, die der Nationalismus zu seiner Legitimierung benötigt, ihre aggressive Note erfährt. Doch so sehr sich der Nationalismus aus anderen Ideologien speist – aus völkisch/rassistischer Gesinnung, Antikommunismus oder patriarchaler Logik – so wichtig ist es, diesen Ideologien direkt entgegenzutreten, anstatt sie erst über den Umweg des Nationalismus zu bekämpfen. Schon gar nicht ist der Nationalismus eine feststehende Größe, die ungeachtet der Geschichte immer die gleichen Werte transportiert und mit den Menschen in einem bestimmten Land in einer mythischen Verbindung steht. Deshalb ist es wichtig, genauer zu untersuchen, wie sich der Nationalismus heute zu legitimieren sucht.

Die moderne Form des Nationalismus in Deutschland, der Verfassungspatriotismus, legitimiert sich vor allem in Abgrenzung zum Faschismus und zum Staatssozialismus. Indem ein so verstandener Nationalismus beide Herrschaftsformen im Begriff des Totalitären zusammenfaßt, relativiert er einerseits den Nationalsozialismus, gewinnt aber andererseits eine immer stärker werdende antikommunistische Ausrichtung. Heute, 50 Jahre nach dem Ende des Zeiten Weltkriegs und 6 Jahre nach der Wiedervereinigung, hat die offizielle Geschichtsschreibung keine besondere Mühe mehr, die Idee des Sozialismus auf die selbe Stufe zu stellen mit der Vision vom „völkisch reinen" Europa. Der Gulag gerät auf diese Weise zur Rechtfertigung von Auschwitz und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und den Realsozialismus zum Kennzeichen deutscher Nationalidentität.

Der Verfassungspatriotismus, so wie er von der offiziellen Politik betrieben wird, bedient sich einer Gleichsetzung der „demokratischen" Traditionen mit einer ethnisch-kulturellen Größe, die sich im Begriff des „deutschen Kulturraums" oder der „deutschen Geistestradi-

---

[3] Zygmunt Bauman, *Dialektik der Ordung: Die Modernität des Holocaust*, Hamburg 1992, S.134.

[4] Dieser Vorwurf richtete sich gegen Bohley als sie von einem anderen Verhältnis der Ostdeutschen zu Besitz spricht und Gysi als den „verlängerten Arm des DDR-Rechtssystems" bezeichnet. Das Beispiel Bohley weist eher auf die Verbindung des neuen Nationalismus mit dem Antkommunismus hin. Die Behauptung, Bohleys Argumentation sei antisemitisch und völkisch ist jedenfalls äußerst vage. *Die Reichspogromnacht, die Shoa und die Kontinuität des Antisemitismus in Deutschland*, in: *Interim* 312.

tion" ausdrückt. Diese Gleichsetzung führt in ihrer Konsequenz zur Unterdrückung und Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen, die die Einheit und Reinheit der verfassungsmäßigen Ordnung bedrohen. Dieser neue Nationalismus beschäftigt sich daher genauso wie der alte mit der Suche nach inneren und äußeren Feinden, die er in bestimmten kulturellen, religiösen, politischen und sozialen Gruppen zu finden glaubt. Mit den „Asylanten", den „Sozialhilfebetrügern", den „Emanzen" und den „roten Faschisten" ist diese Spielart des Nationalismus fündig geworden, die sich fleißig im Einklang mit fremdenfeindlichen, völkischen, antikommunistischen und sozialdarwinistischen Ideologien verbreitert.

Die „Ausländergesetze", die als Sondergesetzgebung für Asylsuchende inzwischen sogar wieder die Zwangsinternierung für Nicht-„Deutsche" vorsehen und zwischen „volksdeutschen Übersiedlern" und anderen Flüchtlingen unterscheiden, steht in diesem Zusammenhang in bester Tradition mit nationalsozialistischer Gesetzgebung. Die inzwischen begonnene Strategie der Bundesregierung und anderer reaktionär/konservativer Kreise, die „Volksdeutschen" nicht mehr zur Einreise aufzufordern, sondern in bestimmten Gebieten in den östlichen Nachbarländern zu konzentrieren, um dort „deutschstämmige" Gemeinden zu etablieren, steht in auffälliger Kontinuität mit anderen „Germanisierungsprojekten" in der deutschen Geschichte.[5]

Die offiziellen Gedenkfeiern zum Kriegsende haben nicht nur den bitteren Beigeschmack dieser völkelnden Ostpolitik und sie stehen nicht nur im Zeichen der geläuterten Tradition eines national-demokratischen Deutschlands, sie sind u.a. auch durch das Interesse gekennzeichnet, den Beitrag der Roten Armee am Sieg gegen das faschistische Deutschland zu schmälern oder gar als Fortsetzung einer vorher bereits bestehenden Diktatur darzustellen. Die stalinistische Version des Sozialismus wird mit breiter Zustimmung in der Bevölkerung zum Inbegriff linken Wunschdenkens gelogen während der Nationalstolz derjenigen, die sich an den Pogromen gegen AusländerInnen beteiligten, als ein verständliches Suchen nach nationaler Identität gerechtfertigt wird.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß der 8.Mai von der offiziellen Geschichtsschreibung für die Liquidierung einer linken Widerstandstradition benutzt wird, einer Tradition die eben nicht unterschiedslos im stalinistischen Herrschaftsanspruch aufgeht. Deshalb ist es für die Linke gerade nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus wichtig, sich mit der eigenen Geschichte offensiv auseinandersetzten und zwischen fortschrittlichen und rückschrittlichen Momenten zu unterscheiden, anstatt über dieses Kapitel der Geschichte den Mantel des Schweigens zu legen. In diesem Sinne muß auch der emanzipatorische Anspruch derjenigen Kommunisten und Kommunistinnen ernst genommen werden, die in der DDR ein antifaschistisches Selbstverständnis festschreiben wollten. Solcherlei Rückbesinnen ist möglich, ohne dabei gleichzeitig von den Opfern realsozialistischer Machtpolitik zu schweigen. Es kann nicht angehen, daß heute viele Linke mit den revolutionstheoretischen Vorstellungen von Marx, Lenin, Trotzky oder Gramsci liebäugeln, ohne zu begreifen, daß zwischen diesen und den gescheiterten realsozialistischen Experimenten eine engere Verbindung besteht, als sie es wahr haben wollen.

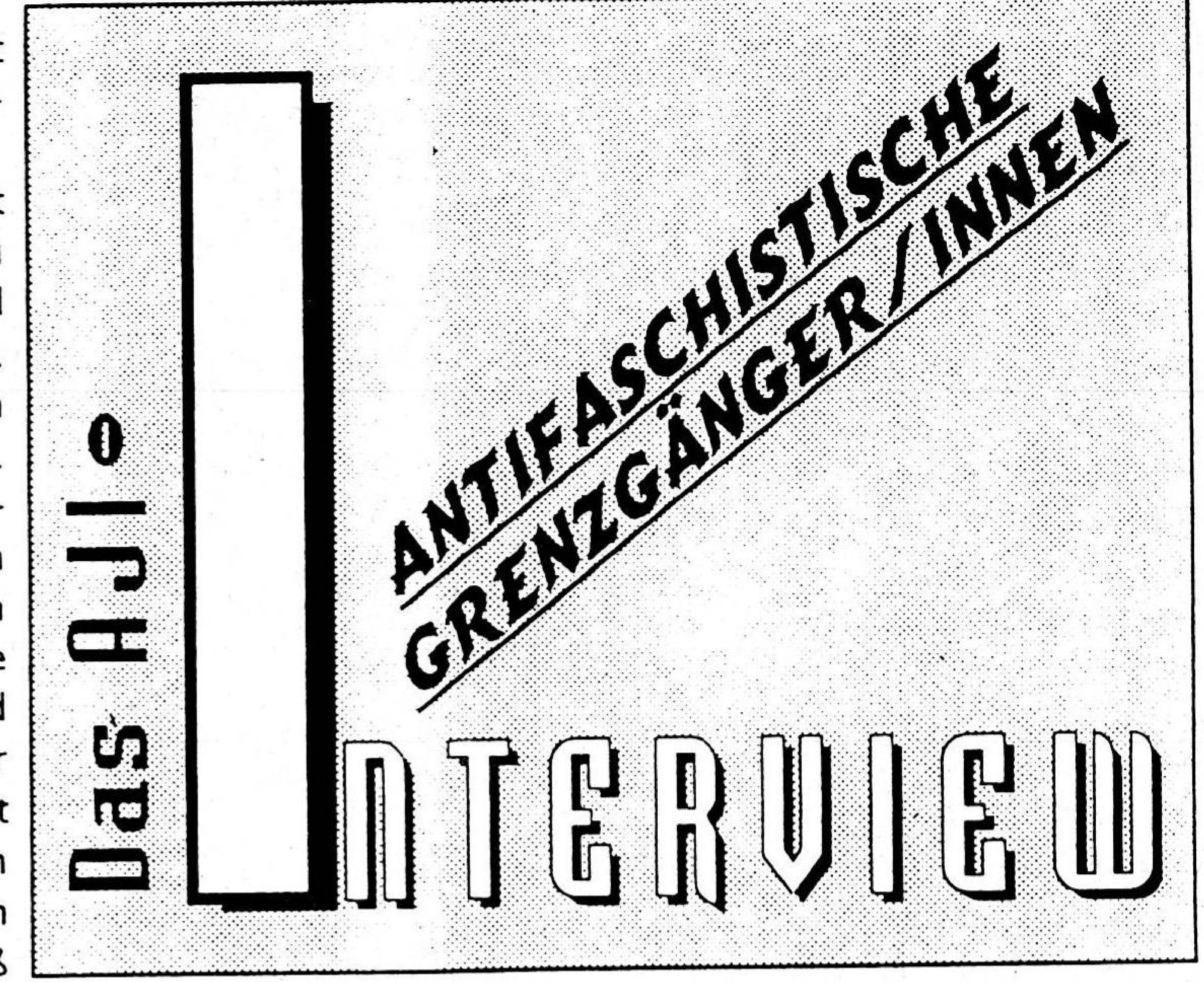
Wer der These der Neuen Rechten entgegentreten will, daß sich mit dem Gulag der emanzipatorische Anspruch linker Politik als terroristische Praxis entlarvt hat, kommt nicht umhin, das historische Erbe kommunistischer, sozialrevolutionärer, anarchistischer oder antagonistischer Bewegungen und Parteien zu sichten, um aufzuzeigen, daß die radikale Linke in ihrer Praxis trotz ihrer Verwickeltheit in den rassistischen, kapitalistischen, sexistischen und imperialistischen Herrschaftszusammenhang zu mehr in der Lage war, als nur zum Weiterführen und zum Zuspitzen bereits bestehender Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse. In diesem Zusammenhang sind auch das Projekte des ID-Archivs, des Papiertigers und der Broschürengruppe zu begrüßen, die zu einer kritischen Aufarbeitung linker Geschichte beitragen möchten, ohne sich gleichzeitig pauschal von den TrägerInnen linker Praxis zu entsolidarisieren, wie es beispielsweise von den selbsternannten Vertretern der antinationalen Bewegung geschieht.

Ein Geständnis von den eigenen Sünden abzulegen, muß nicht zwangsläufig in die asketische Moral der Mitglieder religiöser Sekten zurückführen, die glauben, sie könnten ihre Seelen retten, indem sie sich aus den weltlichen Angelegenheiten zurückziehen, um im Sinnieren über die Sündigkeit der Welt ihr Heil zu finden. Oder wie heißt es doch bei Jakobus 3.4: *Ihr Abtrünnigen, wißt ihr nicht, daß Freundschaft mit der Welt Feindschaft mit Gott bedeutet?*

mea culpa

---

[5] M.R.Lepsius, *Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«*, in: M.Haller u.a. (Hg.), *Kultur und Nation*, Frankfurt am Main 1989, S.254f.



In diesem Interview befragen wir einige ostdeutsche AntifaschistInnen, die ansonsten eher im Verborgenen arbeiten. Und dies aus gutem Grund, denn was sie tun, ruft sofort die staatlichen Stellen auf den Plan. Diese Menschen unterstützen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen wollen, indem sie ihnen über die Grenze helfen. Sie sind "Fluchthelfer" und tun dies aus Solidarität mit den Hilfesuchenden.
Für die Herren des Morgengrauens: Wir haben nach Herstellung dieses Artikels weder Ton- noch andere Unterlagen, die auf die Identität dieser Menschen schließen lassen, noch auf die Kontakte zu ihnen.

AJI-Frage: Wie sieht Eure Arbeit konkret aus, wer seid Ihr?
Antwort: Wir sind ein paar Leute, die sich vor einiger Zeit entschlossen haben, etwas anderes zu machen als bisher. Zum Teil kommen wir aus der Antifa, andere von uns waren vorher noch gar nicht organisiert. Wir sind so zwischen 20 und 50 Jahre alt. Was uns aber gemeinsam verbindet ist die Ansicht, daß hier viel über Flüchtlinge und andere Ausländer geredet wird, aber kaum was getan wird. Das geht auch als Kritik an die Linke, die die Ausländer oft zu Propagandazwecken benutzt, um gegen den Rassismus vorzugehen. Aber dieses Benutzen ist auch eine Form von Rassismus.
Unsere Arbeit sieht konkret so aus, daß wir Kontakt zu Flüchtlingen im Ausland haben und denen helfen, über die Grenze nach Deutschland zu kommen. Das heißt, wir kennen günstige Stellen und machen dann mit den betreffenen Leuten oder Gruppen aus, wann sie dort rüberkönnen. Während der ganzen Zeit betreuen wir sie auch und sind auch mit ihnen zusammen. Einige von uns sichern die Gegend, um möglichst sicher zu sein, daß keine Bullenstreife vorbeikommt.

Und was passiert danach?
Wenn die Flüchtlinge über die Grenze sind, werden sie noch soweit ins Land gebracht, daß sie nicht mehr automatisch für Illegale gehalten werden, wenn man sie auf der Straße trifft. Man gibt Ihnen Hilfe, ihren Weg weiterzuverfolgen. Entweder sagt man ihnen, wie sie hier Asyl beantragen können oder wie sie weiterkommen, falls sie Deutschland nur durchqueren wollen, um zum Beispiel nach Frankreich oder ein anderes Land zu kommen. Allerdings trennen wir uns meistens schon wenige Stunden nach der Flucht und können auch keine weitere Betreuung dieser Menschen leisten. Aber sie bekommen von uns Kontaktadressen und etwas Geld für Verpflegung und die Weiterfahrt.

Welche Schwierigkeiten gibt es denn in der konkreten Organisierung solch einer Flucht?
Wir können hier nicht allzu viel dazu sagen, weil es sonst den Bullen zuviel Einblick gewährt. Aber grundsätzlich natürlich: Jede Flucht ist anders, muß neu organisiert werden. Manche Probleme kennst Du natürlich schon und kannst sie umschiffen, aber man muß auch sehr flexibel sein. Was zum Beispiel schon ein Problem ist, ist das Abchecken der Gegend. An der gesamten Grenze zu Polen und Tschechien hat der BGS (Bundesgrenzschutz - die Red.) in der Bevölkerung Stimmung gegen die Flüchtlinge gemacht, die dort rübermachen. So gibt es teilweise zivile Streifen von Bürgern, die einfach auf Jagd gehen. Ehrenamtliche Schergen sozusagen, die jagen dann diejenigen, die über die Grenze gekommen sind und versuchen, sich irgendwie ins Landesinnere zu schlagen.
Und man muß sich natürlich auch vor den Grenzbullen selbst in acht nehmen, auf beiden Seiten der Grenze. Wenn die erstmal was gerochen haben, ist es besser, in der Gegend die Finger weg zu lassen und es woanders zu probieren.

Wie läuft denn die Überwachung des BGS?
Neben dem Versuch, eine Bürgerwehr gegen die Flüchtlinge anzuregen, gehen die Bullen sonst selbst auf die Jagd. Nach Polen gibt es die beiden Grenzflüsse Oder und Neiße. Auf der Oder patroullieren sie mit Motorbooten, auch langsam und leise und ohne Licht, damit man sie nicht zu früh bemerkt. An der Neiße, aber auch an der Oder, verstecken sie sich in der Nähe von Stellen, an denen



schon öfter Menschen rübergemacht haben. Dann stehen sie hinterm Busch und beobachten das andere Flußufer. Sie wissen ja, die Menschen müssen durch den Fluß. Und sie fahren auch durch den Wald und die Felder in der Gegend und kucken, ob Leute nasse Klamotten anhaben. Nach Tschechien hin sind ja hauptsächlich Berge, da sie sie teilweise mit Pferden unterwegs, gerade im Wald. Aber dort ist es oft sehr einfach für die Bullen, weils da streckenweise nur bestimmte Wege gibt und ansonsten Wände, uber die niemand kommen kann. Und sie arbeiten auch mit elektronischen Mitteln, zum Beispiel Infrorot-Radar, um so mitzukriegen, wenn an einer bestimmten Stelle ein Lebenwesen langkommt. Aber man kennt naturlich die Stellen, an denen die Teile sind.

Habt Ihr denn schon mal konkrete Konfrontationen mit dem BGS gehabt?

Dazu mochten wir nichts sagen. Nur soviel: Wie beim Grenzubertritt selber ist auch der gesamte Ablauf davon abhangig, daß wenig dem Zufall uberlassen wird und es eine moglichst gute Vorbereitung gibt.

Warum macht Ihr das eigentlich? Es stellt ja immerhin schon auch eine eigene Gefahrdung dar.

Da stimmt, zumal wir wissen, daß manche Grenzbullen auch mit der Knarre schnell zur Hand sind. Aber dem steht ja die Aktion selbst gegenüber. Und dies machen wir, weil wir nicht wollen, daß Menschen, die teilweise wochen- und mnatelang auf der Flucht aus ihrem Land sind, bei uns vor die Tür gewiesen werden. Die deutsche Regierung hat beschlossen, dieses Land dichtzumachen, zumindest in Richtung Flüchtlinge. Doch wir wissen, daß viele derjenigen, die hier Asyl suchen, vor den Zustanden fliehen, für die die Bundesrepublik zumindest mitverantwortlich ist. Die Politik und die Wirtschaft der BRD produziert weltweit Fluchtlinge, indem sie die Lander ausbeutet und dann dafur sorgt, daß diese Menschen ruhig gehalten werden. So verdient man erst an den billigen Rohstoffen und Arbeitskraften und danach noch an der Ausrustung fur Polizei und Militar.

Fur uns stellte sich die Frage, ob wir hauptsachlich politisch dazu arbeiten wollen, zum Beispiel mit Öffentlichkeit schaffen oder Rüstungsexporteure benennen. Aber das machen teilweise andere Gruppen und außerdem gibt es demgegenüber eine breite Ignoranz in der Bevölkerung Deshalb wollten wir lieber etwas tun, was den Hilfesuchenden direkt hilft und sind wir eben auf die Idee mit derf Fluchthilfe gekommen. Das findet wir auch deshalb ganz gut, weil vielen Fluchtlingen von kommerziellen Organisationen eine Menge Geld abgeknopft wird, damit sie über die Grenze gebracht werden. Aber diesen Fluchthelfern sind die Menschen selber völlig egal, notfalls lassen sie sie auch im Stich, wenn es brenzlig wird.

Wir nehmen von den Fluchtlingen selbstverstandlich kein Geld oder anderes. Die ganze Sache hat fur uns an erster Stelle einen humanitaren Charakter.

Und wie finanziert Ihr Euch, das alles kostet doch sicher auch einiges? Wie kann man Euch unterstutzen?

Es stimmt, daß da eine Menge an Kosten zusammenkommt, mehr als man im ersten Moment glaubt Aber das gehört eben mit dazu. Andere müssen ihre Arbeit ja auch selber finanzieren, zum Beispiel wenn sie Beratung machen Plakate drucken usw. So geht es das auch. Eine finanzielle Unterstützung wäre zwar nicht schlecht, aber dafür sehen wir keinen Weg. Wir haben keine Möglichkeiten, über irgendwelche legalen Kanäle an Geld zu kommen, aber das ist auch nicht unser größtes Problem.

Wir fänden es besser, wenn einige Gruppen dazu übergehen würden, sich mehr in die Richtung zu engagieren. Also nicht unbedingt aktive Fluchthilfe, aber zum Beispiel in den Grenzregionen eine gezieltere Öffentlichkeitsarbeit zu machen, die der rassistischen BGS-Hetze was entgegensetzt. Sie könnten den Menschen klarmachen, weswegen andere ihre Heimat verlassen mussen und daß diese unterstutzt werden mussen und nicht gejagt.

Dann muß auch uberall im Land die Unterbringung und Verpflegung von illegalen oder untergetauchten Fluchtlingen organisiert werden. Man kann auch die Fahdungsmaschine des BGS etwas durcheinanderbringen. Eigentlich gibt es ziemlich viele Moglichkeiten, da einzugreifen. Also Leute, laßt die Fluchtlinge nicht allein, sie haben haben mehr mit uns zu tun, als viele oft glauben!

Bargeld für alle

Auswertung der zweiten Unterstützungsaktion

Aus unserer (der OrganisatorInnen) Sicht war die Aktion weitgehend ein Mißerfolg. Eine regelmäßige Fortführung des Umtauschs, die wir für sehr wichtig halten, hängt von Euren Rückmeldungen ab: Sie ist für uns nur dann zu verantwortworten und zu leisten, wenn mehr Kneipen, Kollektive, Gruppen, WG's, Häuser usw. definitiv zusagen, Waren abzunehmen und möglicht auch früh kommen, um die Waren abzuholen. Alternativ ist es möglich, regelmäßige "Direktbestellungen im Heim" zu organisieren - den Kontakt dazu können wir natürlich vermitteln.

Zu dieser kritischen Beurteilung des bisher gelaufenen, kommen wir aus folgenden Gründen:

Am Sonntag, dem 5. Februar, hatten wir zum zweiten Mal Flüchtlinge aus zwei Berliner Wohnheimen für AsylbewerberInnen und andere BerlinerInnen in den Weddinger Stadtteilladen *Rat&Tat* eingeladen. Die Flüchtlinge, die zum Lebensunterhalt lediglich Sachleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten (Zwangseinkauf im heimeigenen Laden statt Auszahlung von Bargeld), sollten hier die Gelegenheit bekommen, Waren gegen Bargeld zu tauschen. (Näheres in unserem Flugi, Interim Nr. 316, und in der Auswertung der ersten Umtauschaktion, Interim Nr. 313.)

Eingeladen hatten wir die Flüchtlinge über Flugis in deutsch, englisch, serbokroatisch und rumänisch, die wir bei Besuchen in die Wohnheime mitgebracht hatten. Dort sollten sie dann von den BewohnerInnen, zu denen wir Kontakt haben, weiterverteilt werden. Die KäuferInnen hatten wir über Flugis und Plakate in Kneipen, Buchläden usw. und über die Interim angesprochen.

Wie schon bei der ersten Aktion im Dezember gab es auch jetzt keine persönlichen Kontakte zwischen Flüchtlingen und anderen BerlinerInnen, weil die ersten KäuferInnen erst lange nach Beginn der Aktion auftauchten - schade eigentlich! Wir mußten die Waren daher vorübergehend selber aufkaufen, um den Umtausch zu ermöglichen. Dabei wurden von uns Waren im Wert von ca. 4000,- DM übernommen, deutlich mehr als das Doppelte der ersten Aktion. Waren für 1000,- DM wurden von der Studierendenschaft einer Berliner Uni, Waren für 700,- DM von einer Friedrichshainer Kneipe abgenommen, bei beiden "Großabnehmern" ist aber klar, daß dies aus unterschiedlichen Gründen nicht regelmäßig möglich sein wird. Für reichlich 500,- DM hatten wir noch Kaffee auf Lager, den wir inzwischen aber an eine Hausgemeinschaft weitergeben konnten. Der Rest, also weniger als die Hälfte, wurde von Einzelnen, WG's, Häusern oder anderen Gruppen gekauft oder von uns zu FreundInnen gebracht.

Aus unserer Sicht war die Aktion weitgehend ein Mißerfolg. Das machen wir an folgenden Punkten fest:

★ Eine Unterstützung durch die autonome Szene ist praktisch nicht vorhanden. Die Aktion wird zwar von vielen für wichtig gehalten, aber in der konkreten Situation kriegen es doch nur wenige geregelt, wirklich zu kommen. Es gab auch keine Reaktionen auf unsere erste Auswertung.

Zu kaufen gibt's u.a. folgendes:
- Kaffee, Tee, Kakao
- Fruchtsäfte, Speiseöl
- Schoko, Sweeties, Knabberzeug
- Waschpulver, Seife, Spülmittel
- Reis, Nudeln, Gewürze

★ Gleichzeitig halten wir es aufgrund unserer Gespräche mit den Flüchtlingen für wahrscheinlich, daß bei einem möglichen nächsten Mal die Zahl der "VerkäuferInnen" weiter zunimmt. Damit ist für uns eine Situation gegeben, in der unser Geld für eine Zwischenfinanzierung der Waren nicht mehr ausreicht. Wir müßten dann Flüchtlinge, die ihr Guthaben in verkaufbare Waren umgesetzt haben, wieder fortschicken, ohne daß sie Geld bekommen haben. Gleichzeitig könnten sie aber auch nicht mehr die Dinge besorgen, die sie zum Überleben brauchen. (Die "Lösung", Waren nur für einen begrenzten Betrag pro Kopf aufzukaufen , wäre nur durch aufwendige Kontrollen usw. zu praktizieren, weil die Flüchtlinge teils als Delegierte ganzer Familien oder Gruppen kommen, teils als Einzelne oder zu mehreren nur kleine Mengen verkaufen wollen. Solche Kontrollen lehnen wir ab.)

★ Jenseits des finanziellen Problems haben wir von Anfang an deutlich gemacht, daß wir die Aktion zwar für wichtig halten, aber nicht zu unserem Hauptbetätigungsfeld machen wollen und werden. Das heißt: Ist der Verkauf nur so zu realisieren, daß wir anschließend durch Kneipen usw. ziehen und Waren hinbringen müssen, sind wir dazu nicht bereit.

★ Ein Ziel der Aktion war außerdem, daß Flüchtlinge und andere BerlinerInnen einander treffen, um Kontakte zu knüpfen und den Umtausch auf diese Weise mittelfristig zumindest zum Teil auch losgelöst von einer solchen zentral-organisierten Veranstaltung zu machen. Dies ist bisher nur im ersten Ansatz möglich geworden.

Wir denken, daß wir die Umtauschaktion nur dann regelmäßiger wiederholen können, wenn sich einiges ändert. Innerhalb unserer Gruppe und mit anderen haben wir unter anderem folgendes diskutiert:

Den Vorschlag, die Aktion an einem für "die Szene" zentraleren Ort durchzuführen, halten wir für schwierig, weil der Rat&Tat bei den Flüchtlingen inwischen bekannt ist; damit ist eine Hemmschwelle für die Flüchtlinge schon einmal gesenkt. Dies würde durch eine Ortsänderung erneut zum Problem.

Zum Teil können wir die Organisation selber verbessern:

★ Wir können den zeitlichen Rahmen enger fassen, um die starke zeitliche Trennung von An- und Verkauf zu vermeiden.

★ Wir könnten breiter Werbung machen (*Junge Welt*, *taz*, *scheinschlag*, Kirchenblättchen), um mehr Menschen anzusprechen.

★ Wir können schon vorher bekannt machen, was wir (voraussichtlich) zu verkaufen haben und wie teuer die Waren cirka sind, um "Sammelbestellungen" zu erleichtern (siehe Kasten).

Trotzdem halten wir eine Fortführung der Aktion nur dann für verantwort- und leistbar, wenn mehr Kneipen, Kollektive, Gruppen, WG's, Häuser usw. definitiv zusagen, Waren abzunehmen und möglichst auch früh kommen, um die Waren abzuholen. Alternativ ist es möglich, regelmäßige "Direktbestellungen im Heim" zu organisieren - den Kontakt dazu würden wir selbstverständlich vermitteln!

Eine regelmäßige Fortführung der Aktion hängt daher von Euren Rückmeldungen ab! Ihr erreicht uns telefonisch in der Regel sonntags ab 20.00 Uhr unter 455 10 10 (Fon+Fax) oder 455 44 40 (Fon) oder schriftlich c/o *Rat&Tat*, Liebenwalder Str. 16, 13347 Berlin.

Liebe Grüße, die

Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz

Von 'Riots' und 'Modernisierern'

Eine kritische Würdigung des Neuen Anti-Imperialismus

Wenn der Begriff Antiimperialismus fällt, schauen die meisten Linken oder Ex-Linken heute verschämt zu Boden. Dem wollen die MitarbeiterInnen der „Materialien für einen neuen Antiimperialismus" ihren neuen internationalistischen Ansatz entgegensetzen. Dennoch fragt sich, ob hier nur alter Wein in neue Schläuche gefüllt wurde.

Aus der Ablehnung des traditionellen Marxismus-Leninismus und dessen Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen versuchten undogmatische Linke seit Anfang der 70er Jahre, Ansätze für einen neuen Begriff von Befreiung und Solidarität zu erarbeiten. In den Zeitschriftenprojekten „Autonomie", „Autonomie Neue Folge" und „Materialien für einen neuen Antiimperialismus" wurden dazu neue Theorieansätze entwickelt.

Der Antimodernismus

In der Zeitschrift „Autonomie" wurde schon sehr früh eine Kritik der orthodoxen Marx-Rezeption vorgenommen[1]: Der marxistisch-leninistische Fortschrittsglaube, der im Postulat von der „Entwicklung der Produktivkräfte" enthalten ist, folge einer monokausalen Argumentation, derzufolge alles vom Eigentum an den Produktionsmitteln abhänge. Die wertschöpfenden Zugriffsstrategien auf menschliche Arbeit mittels Technologie, tayloristischer Arbeitsorganisation und die planende Rolle des Staates würden von der orthodoxen Marx-Rezeption nicht als Mittel der Aufrechterhaltung von Ausbeutungsstrukturen erkannt, sondern systematisch als notwendige Mittel angesehen, um den Kapitalismus zu überwinden[2]. Den „Autonomie"- MacherInnen war es demgegenüber ein zentrales Anliegen, die Diskussion „gegen den Fortschritt" voranzutreiben und den Modernismus des orthodox-marxistischen Fortschrittsbegriffs einer Kritik zu unterziehen.

Allzuhäufig, so der Vorwurf, würde im marxistisch-leninistischen Gewand in einigen Ländern der „Dritten Welt" eine nachholende Entwicklung forciert, die den traditionellen Versorgungsstrukturen der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft entgegenstehe.

Bestärkt in ihrer Ablehnung eines fortschrittsgläubigen Marxismus und ihrer positiven Einschätzung traditioneller Elemente der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft wurde die Autonomie-Rezeption durch die Rezeption des 1963 erschienenen Werkes „The Making of the English Working Class" von Eduard Palmer Thompson. Der englische Sozialhistoriker analysierte den Entstehungsprozeß der englischen Arbeiterklasse gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Anhand der in Zerstörung begriffenen bäuerlichen Subsistenzwirtschaft untersuchte Thompson die Entstehungs- und Wirkungsweise von Protest und kollektivem, klassenbezogenem Handeln. Der Protest entstand in der Auseinandersetzung zwischen dem Traditionalismus der Subsistenzzusammenhänge und dem Versuch, die Bäuerinnen und Bauern sowie die Handwerker für die Warenproduktion freizusetzen. Durch die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft werde die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln vom Markt abhängig und damit auch dessen Preisschwankungen ausgesetzt.

Im Übergang von der Feudalgesellschaft zum Kapitalismus wurde das traditionelle Markt- und Versorgungssystem hinweggefegt. Die drastische Erhöhung des Brotpreises führte zu den von Thompson in dem Buch „Die moralische Ökonomie der englischen Unterschichten im 18.Jahrhundert" beschriebenen Lebensmittelrevolten: „Diese Proteste bewegten sich im Rahmen eines volkstümlichen Konsensus darüber, was auf dem Markt, in der Mühle, in der Backstube legitim und was illegitim sei. Dieser Konsensus beruhte auf einer in sich geschlossenen, traditionsbestimmten Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen und von den angemessenen wirtschaftlichen Funktionen mehrerer Glieder innerhalb des Gemeinwesens. Zusammengenommen bildeten sie das, was man die 'moralische Ökonomie' der Armen nennen könnte."

Von der „moralischen Ökonomie" zum Riot

Diese 'moralische Ökonomie' entdeckten die Autonomie-AutorInnen in den „IWF-Riots" der drei Kontinente wieder, die auf Grund der rigiden Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds gegen Schuldnerländer der „Dritten Welt" ausbrachen. Mit großer analytischer Genauigkeit wurden die Parallelen zwischen den englischen Brotrevolten des 18. Jahrhunderts und den trikontinentalen Food-Riots herausgearbeitet. In beiden Fällen handele es sich um eine Konfrontation zwischen dem vorkapitalistischen, subsistenzbäuerlichen Traditionalismus und der vorpreschenden Industrialisierung bzw. Kapitalisierung[3]. Der Traditionalismus der trikontinentalen Unterklassen, ihr Arbeit-Zeit-Verhältnis, die Orientierung am direkten Konsum der produzierten Güter sowie die Orientierung an der Ernährung und dem Erhalt der Familienmitglieder kollidiere mit den kapitalistischen Modernisierungsvorstellungen.

Diese Modernisierungsvorstellungen sollen, so die „Autonomie", gegen das Beharren trikontinentaler Unterklassen durchgesetzt werden. Nachdem über die „Grüne Revolution" die agrarische Subsistenz zerstört wurde, um die Landwirtschaft im Sinne US- amerikanischer Agrarmultis zu modernisieren und um eine Freisetzung von Arbeitskräften zu bewirken, drohten jedoch Unruhen der verarmten Massen. Dagegen entwickelte sich in den USA das Konzept der 'Triage', ein Konzept des gezielten Verhungern-Lassens einer für die Wertschöpfung überflüssigen Bevölkerung, 'überflüssiger Esser'. Die „Autonomie" zitierte beispielsweise Vorschläge aus dem US-amerikanischen 'Limits-to-Growth'-Team des Massachussets-Institute-of-Technology, „Hilfe nur noch an die Länder zu geben, die die größte Chance zum Überleben aufwei-

sen, und die anderen dem Verhungern zu überlassen" (nach Autonomie NF Nr.10, S.14). Die Autonomie-AutorInnen sprechen hier von einer gezielten 'Vernichtungspolitik'.[4]

In den Akteuren der gegen die IWF-Auflagen gerichteten Brotrevolten sah die Autonomie-Redaktion die Subjekte der 'sozialen Revolution'. In den ab 1988 weitergeführten 'Materialien für einen neuen Antiimperialismus' folgte so in der zweiten Ausgabe eine detaillierte Beschreibung der Plünderungen und Riots in Brasilien. „Riots sind nur eine Kampfform unter vielen. Dennoch verdienen sie besondere Aufmerksamkeit. Seit den großen Plünderungen 1983 in Brasilien können wir feststellen, daß sie zum festen Bestandteil eines Klassenkampfes geworden sind, der sich auch in seinen Aktionsarten vereinheitlicht hat (...)."

Spontaner Aufstand der Massen contra nationale Befreiung

Auf einem im April 88 in Bremen veranstalteten Internationalismuskongreß wurde von VertreterInnen des „Neuen Antiimperialismus" erneut unterstrichen, daß die revolutionären Subjekte in den Riots und Plünderungen, in den Slums, den Favelas - den Armenvierteln der brasilianischen Städte - und den karibischen Barrios zu finden seien. Den neuen „Antiimps" erschien im Kontext der IWF-Auflagen, „die auf Reduzierung der Volkseinkommen und Erhöhung der Preise abzielen (...), der konkrete Widerstand gegen IWF-Maßnahmen und Bevölkerungspolitik als eine zentrale und heutzutage besonders wichtige Form des antiimperialistischen Kampfes..." - wichtiger als der Kampf nationaler Befreiungsbewegungen.

Detlef Hartmann, ehemaliger „Autonomie"-Redakteur und Mitarbeiter bei den „Materialien für einen neuen Antiimperialismus" betont, daß „... der Nationalstaat notwendig immer eine Etappe des Fortschritts der Ausbeutungsorganisation und patriarchaler Unterdrückungsorganisation..." gewesen sei und dies auch noch ist. Detlef Hartmann wirft vielen Befreiungsbewegungen vor, sie hätten den 'Marxismus' als Legitimationsideologie benutzt, um technokratisch-bürokratische Formen der Mehrwertauspressung zu installieren. Sie feierten „diesen Unterwerfungsfortschritt als Fortschritt der Vergesellschaftung der Produktivkräfte, die genauer Unterwerfungskräfte genannt werden sollten".

Er räumt allerdings ein, daß „in Zeiten des Rückzugs" auch Solidarität mit den Eliten nationaler Befreiung angebracht sein kann, doch es gehe darum, „genauer hinzusehen": „Der Fortschritt in der Vergesellschaftung produktiver Gewalt und Unterwerfung ist etwas anderes als der Prozeß sozialer Befreiung und ihre Inhalte." So gelte es auch, zwischen den bolschewistischen Intentionen einer nachholenden Entwicklung in Rußland und den Kämpfen der Frauen, LandarbeiterInnen und BäuerInnen in der russischen Revolution zu unterscheiden.

Auf der Suche nach Kräften, die sich Verwertungsstrategien gleich welcher Couleur verweigerten, entdeckten die neuen Antiimperialisten die iranische Revolution und hofften hier auf eine wirkliche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. In der ersten Ausgabe der „Autonomie Neue Folge" vom Mai 1979 heißt es: „Wenn uns nicht alles täuscht, überragt ihre (die Revolution; G.H.) Bedeutung den Roten Oktober 1917 bei weitem." Die AutorInnen sahen in der iranischen Revolution einen „Massenaufstand gegen den positivistisch-neokolonialistischen Fortschrittsmythos". 1980 reiste ein Teil der Redaktion - unter ihnen der Arzt und Historiker Karl-Heinz Roth - in den Iran, um sich über die Situation zu informieren und der Bewegung der Volksmudjahedin praktische Hilfe (unter anderem ärztliche Betreuung in der BRD) anzubieten. Nachdem aber die Mullahs des Chomeini-Regime mit ihrer reaktionären Auslegung des Islam im Iran blutig die Oberhand über die Volksmudjahedin gewonnen hatten[5], verzichtete die Autonomie-Redaktion zunächst auf weitere Analysen und Publikationen zum Iran.

Seit den 80er Jahren beschäftigten sich die AutorInnen auch mit der Migration aus den drei Kontinenten. Bei der Migrationsbewegung handele es sich zum einen um vertriebene 'relative Überbevölkerung', um geflohene Menschen, die in den Elendsvierteln der Großstädte und Hungerzonen vom Tode bedroht sind. „Als Vorboten der Ansprüche des Trikonts", die Partizipation am geraubten Reichtum des Westens fordern, wurden Flüchtlinge und MigrantInnen - von Seiten der Autonomie-Redaktion - "begrüßt"[6]. In England „entdeckten" die Sozialrevolutionäre die Organisation von MigrantInnen in 'Communities'. Dort würden „soziale Organisationsformen mit Uto-



„Eine Mordmaschine läßt sich nicht reformieren" - Mobilisierungsplakat autonomer Gruppen zur IWF/Weltbank-Tagung '88

pischem" verbunden. Der Begriff 'Community' stehe „für eine Selbstverortung von Individuen".

Dieser Suche nach Ansätzen einer sozialrevolutionären Organisierung 'from the bottom up' steht allerdings ein oft wenig differenzierter Blick auf die „Herren der kapitalistischen Akkumulation" (D. Hartmann) gegenüber:

Bretton Woods: Völkermord gegen soziale Revolution ?

Rechtzeitig zum Treffen der IWF/Weltbank-Banker 1988 in Berlin erschien in der Autonomie NF Nr.14 ein Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel „Völkermord gegen soziale Revolution - Das US-imperialistische System von Bretton Woods als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuen Ordnung" von Detlef Hartmann. Der Text wurde intensiv und viel diskutiert. Die USA hätten, so Hartmann, nach dem Sieg über den Hitler-Faschismus die nationalsozialistische „Neue Ordnung" des Großwirtschaftsraums Europa als Vorlage für die neue Wirtschaftsordnung von Bretton Woods übernommen. „Ihr Terrain sollte (allerdings) die ganze Welt sein." Aus den süd-ost-europäischen wie den trikontinentalen Subsistenzzusammenhängen habe sich ein sozialrevolutionäres Potential entwickelt, auf das „das Kapital in seiner Gegenstrategie, ob nationalsozialistisch, keynesianistisch oder New Deal" mit der „totale(n) Liquidierung der gesellschaftlichen Bedingungen des Klassenwiderstandes (...) bis hin zur physischen Vernichtung" geantwortet habe. (S.238)

Detlef Hartmann stellte in diesem Aufsatz eine Identität zwischen der nationalsozialistischen Rationalisierung des europäischen Großwirtschaftsraumes - mittels der Zerstörung der süd-ost-europäischen Subsistenz und der Vertreibung und Ermordung der dort lebenden Menschen - und der durch US-amerikanische Multis betriebenen Auflösung der selbstversorgenden Landwirtschaft in Lateinamerika fest. Auch die stalinistische Rationalisierung, die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, wird als ein weiterer „Krieg gegen die Klasse" interpretiert.

Proklamieren Teile der neuen Rechten Modernisierungs"leistungen" des Nationalsozialismus und bewerten diese positiv, so folgt auch Hartmann einem modernisierungstheoretischen Paradigma - nur begreift er etwa die von ihm beschriebenen Rationalisierungen von Wirtschaftsräumen als Beispiele mörderischer Modernisierung. Detlef Hartmann hält dem Fortschrittsglauben der Moderne die Zerstörung als Teil von Modernisierung entgegen. In den renitenten, sich der 'Moderne' widersetzenden Subjekten sieht er die potentiellen TrägerInnen einer egalitären Sozialrevolution.

Die undifferenzierte Gleichsetzung von NS-faschistischer Vernichtungspolitik mit dem US-imperialistischen Zugriff auf Mittel- und Südamerika ist vielfach kritisiert worden. Auch der ehemalige Redakteur der „Autonomie" Karl-Heinz Roth spricht mittlerweile von einer „weit über ihre neurechte Wiederbelebung hinaus zugespitzte Totalitarismustheorie Detlef Hartmanns, der Nazismus, Realsozialismus und New Deal inzwischen vollkommen gleichsetzt"[8]. Karl-Heinz Roth verweist dagegen auf die Rolle der aus dem Finanzministerium Morgenthaus kommenden „New Dealer", denen er „ein ernsthaftes Bedürfnis nach einer weniger diskriminierenden Nachkriegs-Weltwirtschaft" in ihrer Mitarbeit an der Bretton Woods'schen Nachkriegsordnung attestiert. Doch arbeitete auch er die Aneignung der Wirtschaftstechniken der Nazis durch die USA heraus und betonte, daß die strukturell gleichen Währungs-, Handels- und Entwicklungstechniken „den Westalliierten von einem Regime aufgezwungen wurde, das in seiner Kopplung von Massenvernichtung und Effizienz alles bisher Dagewesene weit übertraf."[9]

Was die Gleichsetzung des US-amerikanischen Systems von Bretton Woods und der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik angeht, ist Detlef Hartmann seinen Kritikern eine Antwort schuldig geblieben. Hinsichtlich des Vergleichs der nationalsozialistischen Politik von Entwicklung und Vernichtung mit dem stalinistischen Terror hat er sich jedoch gegen deren Parallelisierung ausgesprochen. Der stalinistische Terror sei ohnehin bald zurückgenommen worden und trage vor allem eher traditionelle Züge. „Aber beide galten demselben Objekt oder besser Gegner, aus dem sich die russischen SoldatInnen rekrutierten (gemeint sind die BäuerInnen und Land-ArbeiterInnen; G.H.), denen wir dankbar sind"[10].

Neuer Internationalismus

Zusammengefaßt fällt auf, daß auch dieser internationalistische Ansatz nicht ohne die Projektion von Revolution und Befreiung auszukommen vermag. Von der antimodernen Revolution im Iran, über die trikontinentale, städtische Armutsbevölkerung bis zu den Flüchtlingen heute müssen wohl immer wieder neue und ferne Bezugspunkte für die hiesige sozialrevolutionäre Intelligenz gesucht werden.

Hinzu gesellen sich die oft verschwörungstheoretisch anmutenden Analysen, die ein Szenario von übermächtig-planenden Kapitalstrategen an die Wand malen. So versuchen die Materialien-AutorInnen in ihrem letzten Band „Die Ethnisierung des Sozialen - Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges", den Krieg in Jugoslawien auf seinen produktiven Sinn zu entschlüsseln. Ihre These lautet, daß es sich bei den Vertreibungen und 'ethnischen Säuberungen' um bevölkerungsökonomische Rationalisierungen handele. Der Krieg ermögliche es, alte, der Wertschöpfung nicht mehr dienliche Strukturen zu zertrümmern, um Platz für eine neue Verwertungsordnung zu schaffen. Damit läßt sich allerdings die Durchsetzung der nationalistischen Ideologie, die zu Ethnisierung und Krieg führte, nicht erklären.

Allerdings trägt der „neue Antiimperialismus" dazu bei, Abschied zu nehmen von der Fixierung auf nationale marxistisch-leninistische Befreiungsbewegungen und der fast schon rührenden Projektion von Befreiung auf die wenigen übriggebliebenen sozialistischen Länder wie zum Beispiel Cuba, ohne die innergesellschaftlichen Differenzen wahrnehmen zu wollen.

Schließlich hilft eine Beschäftigung mit diesem internationalistischen Ansatz, den Blick weg vom mexicanischen Maskenmann Marcos auf die Landnahme und Kämpfe der vielen unbekannten landlosen Bäuerinnen und Bauern in Chiapas zu richten.

Auch verwundert so mancher Werdegang ehemaliger Dependenz-Theoretiker und Abkopplungsapologeten, die nun auf Weltmarktintegration setzen, nicht mehr, wenn erkannt wurde, daß in entwicklungstheoretischen Diskussionen die verbindende Klammer einiger der Diskutanten immer die Modernisierung und das Entwicklungsparadigma war.

Gerhard Hanloser

Anmerkungen:

1) In der BRD wurden ab Anfang der 70er die revolutionär-„operaistischen" Ansätze in Theorie und Praxis rezipiert, die in den frühen sechziger Jahren in Italien entwickelt worden sind. Vgl. Mario Tronti. Arbeiter und Kapital, Frankfurt/M.1974; zum Operaismus: Frombeloff (Hrsg.) - ...und es begann die Zeit der Autonomie, Hamburg 1993

2) Angelika Ebbinghaus - Taylor in Rußland,Autonomie Nr.1,10/75; vgl. auch: Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.4: Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells, oder: Angelika Ebbinghaus - Ein Essay über die 'Lost Causes' in Rußland 1861- 1930, in:1999 ,3/94

3) Autonomie NF Nr.10: Antiimperialismus in den 80ern

4) Der mehr als problematische Vergleich mit dem NS-Faschismus wird offen betrieben: "Gegenüber dem, was nach den Konzepten der Multis in den drei Kontinenten ansteht, erscheint der Nazismus in diesem Land wie ein bescheidenes Vorspiel." (Autonomie NF Nr. 10,S.55)

5) Vgl. Bernhard Hammer - Klassenkämpfe im Irar blätter des iz3w Nr. 195

6) Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.5 zu Rassismus, S.17

7) Materialien... Nr.3 zu England: Krise, Rassismus, Widerstand, S.11

8) Karl-Heinz Roth - Die neuen Klassenverhältnisse und die Perspektive der Linken: Schwächen und Stärken eines überfälligen Diskussionsvorschlags, noch unveröffentlicht

9) Karl-Heinz Roth - Vernichtung und Entwicklung: Die nazistische „Neuordnung" und Bretton Woods (Arbeitspapier für das Bonner Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 3.5.1985) in: Mitteilungen, Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Heft 4, Juni 85

10) ak 362/12.1.94 „Revolutionäre Gegenmacht und die Probleme der metropolitanen Linken", S.29/30



HAUS DER DEMOKRATIE, c/o ROBIN WOOD, FRIEDRICHSTRASSE 165, 10117 BERLIN

Wir haben keine Chance - wir nutzen sie !

Kommt zur Erörterung gegen die Tiergarten-Tunnel und den Zentralbahnhof

vom 28.2. - 7.April

jeweils werktags von 10.oo - 18.oo h im Lichtenberger Congreß-Center, Eingang von der Ruschestraße (U 5 oder Bus 240 bis U-Bhf. Magdalenenstraße, Bus 240 bis Schottstr. oder S-Bhf. Frankfurter Allee)

Nähere und aktuelle Informationen über das

Tunnel-Info-Telefon

615 005 52 (auch nachts)

Die Anti-Tunnel-GmbH sieht in einer breiten und ausführlichen Diskussion der umweltzerstörenden und verkehrspolitisch unsinnigen Milliardenprojekte einen weiteren Mosaikstein für einen erfolgreichen Widerstand. Wir haben nicht die Hoffnung, die Planer bei der Erörterung umzustimmen, aber wenn möglichst viele der 19.000 Menschen, die einen Einspruch geschrieben haben, ihre Bedenken vortragen, wird die Chance größer, die Senats-Maulwürfe noch zu stoppen.

Treffen der Anti-Tunnel-GmbH jd. 1.Mittwoch im Monat (1.3./5.4./3.5./7.6.) im Haus der Demokratie um 19.00 h im Raum 308 (Friedrichstr.165 in Mitte) oder jd. Donnerstag 19.00 h bei der BI Westtangente, Cheruskerstr. 10 in Schöneberg (Tel: 784 91 61).

Aus für die „Offene Welt"

■ Das prokurdische Blatt „Özgür Ülke" erscheint nicht mehr / Mit dem Verbot endet der Kampf um Meinungsfreiheit

Istanbul (taz) – Die Publikation der Istanbuler Tageszeitung *Özgür Ülke* (Offene Welt) ist gerichtlich verboten worden. Das Gericht begründete die Entscheidung am Wochenende damit, daß *Özgür Ülke* die Fortführung der verbotenen Zeitung *Özgür Gündem* (Offene Tagesordnung) sei.

Der Gerichtsbeschluß ist das endgültige Todesurteil gegen die Zeitung, die trotz staatlicher Repression seit neun Monaten Tag für Tag erschien. *Özgür Ülke* war die einzige Informationsquelle über die systematischen Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates in den kurdischen Regionen. Sie dokumentierte die Vertreibung kurdischer Bauern und das Abbrennen von Dörfern ebenso wie vom Staat gedeckte politische Morde und auch den Einsatz deutscher Waffen.

„Es kann nicht mehr verheimlicht werden, daß unsere Geographie durch den schmutzigen Krieg, durch Exekutionen ohne Gerichtsurteil und durch Folter bestimmt wird", heißt es in einer gestern veröffentlichten Erklärung des Chefredakteurs der Zeitung, Baki Karadeniz. „Unsere aufklärerische Arbeit, die wir mit Kugeln, Kerker, Folter und Bomben bezahlten, wird uns stets eine Ehre sein."

Unter ungeheuren Opfern hatten die Mitarbeiter von *Özgür Ülke* neun Monate lang die Publikation der Zeitung sichergestellt. Wie zuvor bei der *Özgür Gündem* wurden mehrere Mitarbeiter des Blattes ermordet. Dutzende Redakteure wurden festgenommen und gefoltert. Wegen „separatistischer Propaganda" wurden Hunderte Prozesse gegen *Özgür Ülke* eröffnet. Autoren und Verantwortliche wurden zu über tausendjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. In einem Schreiben vom 30. November hatte die türkische Ministerpräsidentin Çiller beklagt, daß die legalen Mittel nicht ausreichten, um gegen das Blatt vorzugehen. Wenige Tage später sprengten Bomben das Gebäude der Zentralredaktion und zwei weitere Büros der Zeitung in die Luft. **Ömer Erzeren**

Durch Wände sehen - eine Kritik am Triple Oppression Ansatz und seiner Praxis

Tiere und Pflanzen, die Mitwelt im allgemeinen, wird überall auf der Welt gequält, ausgebeutet und umgebracht.

Kühe werden gezwungen Kälber zu gebären, um ihnen die Milch zu stehlen, und aus männlichen Kälbern "Fleisch" zu machen. Affen werden die Augen zugenäht und Stahlplatten ins Hirn implantiert; Schweine werden mit Flammenwerfern verbrannt und radioaktiver Strahlung ausgesetzt; Kaninchen werden die Augen verätzt, um Kosmetika, Farben, Chemikalien usw. zu testen; Wälder werden gerodet, um noch mehr High-Tech-Flughäfen zu bauen; Meere und Seen werden zu Endlagerstätten für Sondermüll gemacht; Pflanzen werden gentechnisch manipuliert, um mehr Herbizide aushalten zu können; usw., usf..

All dies klammert der Triple Oppression Ansatz aus. Triple Oppression bezieht sich nur auf die Unterdrückung[1] von Menschen durch Menschen, Patriarchat, Rassismus, Kapitalismus. Doch selbst dabei ist dieser Ansatz nicht vollständig. In England z.B. werden längst "ageism" (Unterdrückung aufgrund des Alters), "lookism" (Unterdrückung aufgrund des Aussehens) und "ableism" (Unterdrückung aufgrund von Nicht-/Fähigkeit) als eigenständige Unterdrückungsformen zwischen Menschen genannt, jenseits davon z.B. "speciecism" (Unterdrückung einer Spezies/eines Lebewesens durch ein anderes).

Triple Oppression und andere "Hauptwidersprüche"

Wozu eine Unterteilung in "Haupt- und Nebenwidersprüche" ?

1. These.
Als taktisches Mittel, um eine Bekämpfung von Unterdrückung zu erleichtern und ein Angriffsziel herauszuarbeiten.

2. These:
Eine Wertung im politischen Handeln aufgrund von persönlicher Betroffenheit.

3. These
Eine Unterteilung in noch mehr -ismen lenkt von "dem" "Hauptwiderspruch" ab.

4. These:

"Hauptwidersprüche" entstehen dort, wo die Anzahl der Betroffenen, die sich artikulieren können, groß genug ist.

Ein "Hauptwiderspruch" ist vor allem ein Vereinfachungsinstrument. Dadurch muß mensch sich nur auf einen Kampf konzentrieren.
Doch spätestens heute sollte jeder und jede wissen, daß sich z.B. Rassismus und Sexismus eben nicht nach der Umwälzung des Kapitalismus von selbst erledigen. Das Konzept des "Hauptwiderspruchs" scheiterte an der Erfahrung, das selbst KommunistInnen immer noch SexistInnen und RassistInnen sein können.

Dabei ist es natürlich möglich, andere Unterdrückungsformen als "Hauptwiderspruch" zu wählen.

Gleich bleibt aber, daß es eben "Nebenwidersprüche" gibt, die als weniger wichtig gesehen werden, sich aber nicht von alleine erledigen.

Der Triple Oppression Ansatz bewirkte hier eine wesentliche Veränderung: Kapitalismus, Sexismus und Rassismus werden als gleichberechtigt nebeneinander stehende, miteinander verflochtene Unterdrückungsmechanismen betrachtet.

Während die Theorie durchaus die Komplexität von Unterdrückung darstellt und eine Ausweitung immerhin möglich macht, wird in der Praxis oft alles auf diese drei Unterdrückungsverhältnisse reduziert. Damit wird letztendlich ein neuer "Hauptwiderspruch" geschaffen.

Wir lehnen das Denken in "Haupt- und Nebenwidersprüchen" ab!

Unterdrückung und Ausbeutung sind komplexer, als daß sie sich auf einen oder auch drei Stützpfeiler zurückführen ließen. Unserer Ansicht nach ist es im Endeffekt egal, ob Menschen, Tiere und die Mitwelt im allgemeinen von Menschen aufgrund von Patriarchat, Rassismus oder Kapitalismus unterdrückt werden. Das ist doch nur ein Abschieben an irgendeine angeblich zuständige Instanz, Ablenkung von der Beteiligung jeder/s Einzelnen. Wichtig ist, Unterdrückung zu erkennen, nur dann ist es möglich, sich zu verhalten. **Deshalb ist es notwendig, jede Form von Unterdrückung einzeln zu benennen und sie nicht unter Oberbegriffe zu subsumieren. Wenn ein Oberbegriff für Unterdrückungsverhältnisse** überhaupt gebraucht werden sollte, dann kann er nicht Triple Oppression, sondern müßte Unity of Oppression heißen.

In unserer Gesellschaft ist alles darauf ausgerichtet, Unterdrückung unsichtbar zu machen, und wo sie nicht zu übersehen ist, sich daran zu gewöhnen, sie als "normal" zu empfinden. Menschen stumpfen ab dadurch und sind bald bereit, noch mehr Unterdrückung zu akzeptieren. Es geht uns darum, diesen Kreis aus Gewohnheit, Abstumpfen und Nicht-sehen-wollen zu durchbrechen: Zu erkennen, zu benennen und sich zu verhalten. Sich zu verhalten hieße, solidarisch zu sein und persönliche Konsequenzen zu ziehen. Wer das nicht kann oder will, muß sich fragen lassen, warum.

Es ist klar, daß wir alle immer wieder an Grenzen und Widersprüche geraten. Wichtig ist, sich damit auseinanderzusetzen, um einer herrschaftsfreien Gesellschaft möglichst nahe zu kommen.

Dieses Papier sollte als Diskussionsgrundlage für unsere Arbeitsgruppe auf dem Autonomie Kongreß dienen. Darüber hinaus hatten wir geplant Filme, eine Fotoausstellung und ein Konzert zu organisieren. Leider ist das alles nun mangels Beteiligung an der Vorbereitung nicht mehr möglich. Vielleicht regt es aber dennoch zu Auseinandersetzungen und Diskussionen an...

Eventuelle Rückmeldungen bitte an R.A.T., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

[1] Es wird immer Interessenskonflikte geben. Unter Unterdrückung verstehen wir, wenn aus biologischen oder sonstigen Unterschieden eine unterschiedliche Wertigkeit abgeleitet wird, wenn Interessenskonflikte systematisiert und zur Norm werden und Machtvorteile systematisch eingesetzt werden.

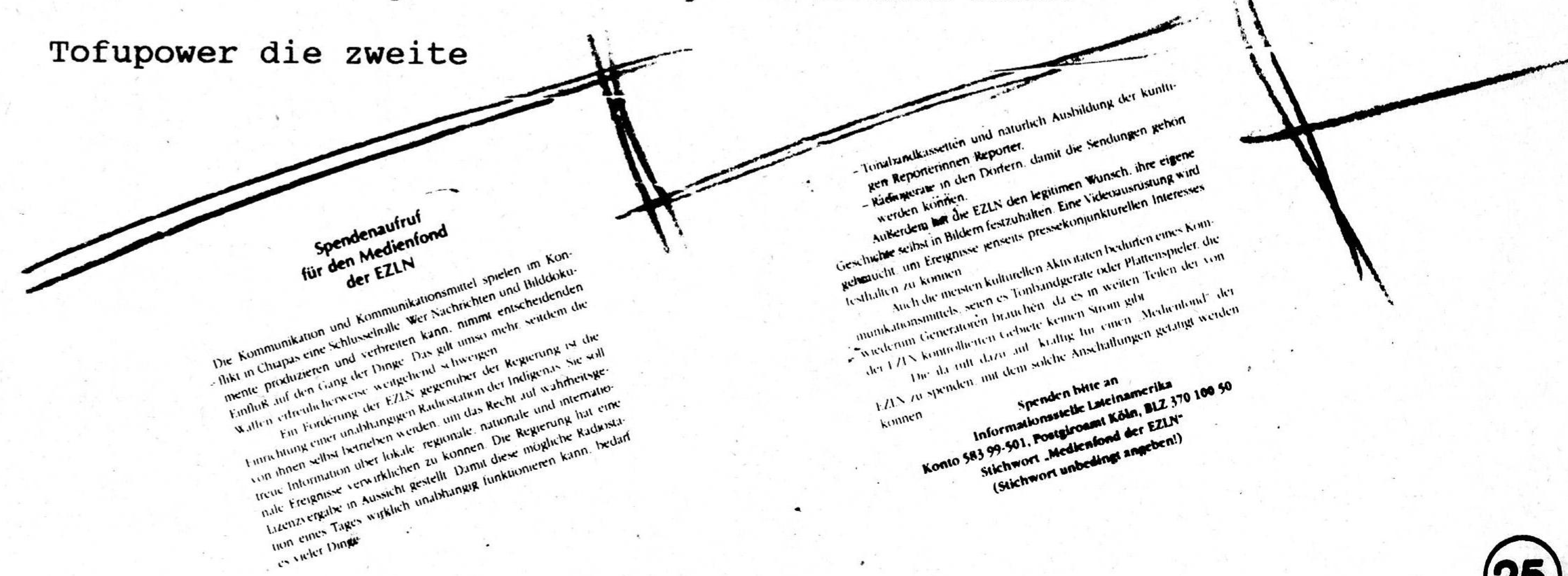
An den Halbvegetarier aus Nr. 319

Schade,daß so wenig von dem,was ich rüberbringen wollte,angekommen zu sein scheint...-deshalb will ich noch mal ein paar Dinge klarstellen:
Du unterstellst mir,ich würde patriarchale Gewalt und Tiermord gleichsetzen.Davon habe ich nicht ein Wort geschrieben!Ich halte überhaupt nichts davon,Ausbeutungsverhältnisse gegeneinander aufzurechnen oder festzustellen,was schlimmer sei - ganz abgesehen davon,daß mir das als Typ in Bezug auf Sexismus überhaupt nicht zusteht.
Es geht mir lediglich darum aufzuzeigen,daß Angriffe auf kleine Läden nicht immer automatisch schlecht sein müssen,sondern m.E. in bestimmten Fällen sinnvoll sind.Das spricht überhaupt nicht gegen Angriffe auf Schlachthöfe/große Ketten/McDeath ...
Und zum Totschlagargument "Hauptwiderspruch"(das anscheinend immer häufiger verwendet wird,um unliebsame Positionen zu diffamieren): Davon habe ich auch nie geredet!Fast alle veganen Menschen aus meinem Umfeld engagieren sich in vielen politischen und sozialen Bereichen.Auch definieren sie sich gar nicht als "in erster Linie vegan".Es ist doch völlig klar,daß sich durch Veganismus allein nicht die anderen Unterdrückungsmechanismen bekämpfen lassen oder Tiermord die Ursache allen Übels ist (so naiv ist doch wirklich kaum eineR!)
Auf der anderen Seite geht es uns darum,Tiermord etc.(aber auch Raubbau an der Natur) in ein linksradikales/autonomes Ausbeutungsmodell zu integrieren - eben mehr als 3:1 (vgl dazu eine AG auf dem Autonomiekongreß,die ich sehr begrüße) - und so vom "Hauptwiderspruch menschliche Ausbeutung" wegzukommen.

Tiere können sich nicht gegen ihre "menschlichen" Schlächter und deren Tötungstechnologien wehren - genau deshalb fühle ich mich verantwortlich,da nicht mehr mitzumachen und das (soweit möglich) zu behindern.Genau so fühle ich mich in anderen Bereichen verantwortlich.Es wird jedoch kaum ein anderer Bereich autonomer Politik so sehr angefeindet wie Veganismus (bis auf Sexismus und männliche Gewalt - dies ist keine Gleichsetzung!).Das liegt sicherlich z.T. am Verbalradikalismus und dem moralisch erhobenen Zeigefinger einiger veganer Gruppen,aber auch an der Unfähigkeit eines Teils der Scene,neue Widersprüche in alte Konzepte einzubeziehen - und nicht zuletzt an der notwendigen Konsequenz eines solchen Widerspruchs,sich nämlich täglich aufs Neue zu entscheiden,vegan zu leben.

Ich empfehle allen dringlichst den Artikel "DogmenschützerInnen mit Scheuklappen" aus der bambule 54(erhältlich:St-Paulistr. 10-12,28203 Bremen),der sich noch viel ausführlicher mit der ganzen Problematik und den Vorwürfen des ak(Interim 317) auseinandersetzt und dem ich einige Formulierungen entnommen habe.

Tofupower die zweite



Spendenaufruf für den Medienfond der EZLN

Die Kommunikation und Kommunikationsmittel spielen im Konflikt in Chiapas eine Schlüsselrolle. Wer Nachrichten und Bilddokumente produzieren und verbreiten kann, nimmt entscheidenden Einfluß auf den Gang der Dinge. Das gilt umso mehr, seitdem die Waffen erfreulicherweise weitgehend schweigen.

Ein Forderung der EZLN gegenüber der Regierung ist die Einrichtung einer unabhängigen Radiostation der Indígenas. Sie soll von ihnen selbst betrieben werden, um das Recht auf wahrheitsgetreue Information über lokale, regionale, nationale und internationale Ereignisse verwirklichen zu können. Die Regierung hat eine Lizenzvergabe in Aussicht gestellt. Damit diese mögliche Radiostation eines Tages wirklich unabhängig funktionieren kann, bedarf es vieler Dinge

- Tonbandkassetten und natürlich Ausbildung der künftigen Reporterinnen Reporter.
- Radiogeräte in den Dörfern, damit die Sendungen gehört werden können.

Außerdem hat die EZLN den legitimen Wunsch, ihre eigene Geschichte selbst in Bildern festzuhalten. Eine Videoausrüstung wird gebraucht, um Ereignisse jenseits pressekonjunkturellen Interesses festhalten zu können.

Auch die meisten kulturellen Aktivitäten bedürfen eines Kommunikationsmittels, seien es Tonbandgeräte oder Plattenspieler, die wiederum Generatoren brauchen, da es in weiten Teilen der von der EZLN kontrollierten Gebiete keinen Strom gibt.

[illegible] dazu auf, kräftig für einen „Medienfond" der EZLN zu spenden, mit dem solche Anschaffungen getätigt werden können.

Spenden bitte an
Informationsstelle Lateinamerika
Konto 583 99-501, Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50
Stichwort „Medienfond der EZLN"
(Stichwort unbedingt angeben!)



24.2.95
Fete im Stadtteilladen
Potzblitz (Ex-Lunte)
Weisestr.53 ab 21Uhr
Sag mir wo du stehst!
Und welchen Weg du gehst!
SCHOPENHAUERS
Kitsch- und Kampflieder der DDR-Singebewegung
Kommunistischer Kneipenchor
Wie der Stahl gehärtet wurde
... die Solidarität
dj nicole TANZ!
TOMBOLA FÜR BAOBAB
Moabit Initiative Antifaschistische
ANTIFA KOHLE-PARTY SOLI-KONZERT K.O.B. Potsdamerstr.157 Samstag 25.2. 21 UHR 5 MARK!
Chiapas/México
Soli-Veranstaltung
24.Feb. um 18.00 Uhr
T U-Hauptgebäude H 104
Straße des 17. Juni 135
U-Bahnhof Ernst Reuter Pl.
Lateinamerika-Koordination.
Solidaridad Directa" Berlin
♀VV
Voll
ERSAMMLUNG
zum 8. MÄRZ
am 27. Februar '95 um 20 Uhr
im Versammlungsraum im Mehringhof
(Gneisenaustr. 2a, 2.HH, 1.Etage)
REGGAE - FIEBER
im CLASH
Die Kneipe im Wedding, Uferstr.13
Tel. 4627846,U8 Pankstr./U9 Nauener Pl.
Samstag 25. Feb. 95
ab 22 h
Reggae - Kiezdisco
mit dem
BOONDOGGLE - SOUNDSYSTEM
Reggae, Raga Muffin Dub, Hip Hop
Eintritt 3 DM
vorher:
18h GRASS - Das Spiel
Lockeres Turnier in diesem leicht zu lernenden Spiel
20 h The Harder They Come
Der Reggae-Kultfilm mit Jimmy Cliff
Veranstaltung zum Internationalen Frauenkampftag :
Zum Frauenkampf in Kurdistan und zur Organisierung hier
Mit Frauen von Tajk,
Am Dienstag, den 28.2.95 um 20 Uhr im KATO am Schlesischen Tor
Veranstalterinnen: Fara und Tajk
Nur für Frauen !
Liebe ♀/♀♀ !
Wir wollen am 30.4.95 KEINEN Faschingsumzug organisieren, sondern eine laute, energische, politische Demo gegen Gewalt gegen ♀/♀♀. Die Zeit rennt und wir brauchen DRINGEND noch ganz viele zum Mitorganisieren. Nächster Vorbereitungstermin ist Sonntag 5.3.95 um 19 Uhr im Frauenzentrum Stresemannstr. 40, U-Bahn Möckernbrücke oder Hallesches Tor. Ihr braucht keine Erfahrung im Demoorganisieren.
Noche Latina
LATEINAMERICANISCHER ABEND
Cocktails/Musik/Filme/Vokü...
jeden Montag ab 20
IM K.O.B. POTSDAMERSTR. 157
BAD KLEINEN !
Informationsveranstaltung
zur Hinrichtung von Wolfgang Grams
und zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld
Kein Vergessen - Kein Vergeben
Veranstaltung am 06.03.95
im Komm Festsaal
um 19.30 Uhr
Zugesagt haben bisher:
Berthold Fresenius (Verteidiger von Birgit Hogefeld),
die Mutter von Birgit Hogefeld
und Thomas Kieseritzky (Anwalt der Eltern von Wolfgang Grams).

Letzte Woche wurde in Haldensleben ein Punk von 15 bis 20 Faschos (FAP-Umfeld) mit Baseballschlägern so schwer zusammengeschlagen, daß er im Koma liegt und es ungewiß ist, ob er daraus wieder erwacht. Gegen den rechten Terror findet am 18.3.95 um 12Uhr am Markt in Haldensleben eine Demo statt. Kommt alle!!

Die Kneipe im Wedding

Clash

Uferstr. 13, Berlin Wedding, U 9 Nauener Platz, U 6 Pankstr., tägl. ab 18 Uhr, Do FrauenLesbenabend

Clash vor dem Aus?!

Dieses Papier ist an alle Leute gerichtet, die das Clash, die autonome Kneipe im Wedding, kennen und denen daran liegt, daß es weiter existiert.

Wir, die BetreiberInnen, machen die Krise des Clash jetzt öffentlich, weil wir keinen anderen Weg aus der Misere sehen. Trotz vieler Veranstaltungen, Filme und regelmäßigem Angebot von billigem, gutem Essen stehen wir finanziell vor dem Ende.
Angefangen hat das Clash 1991 als politisches Projekt Weddinger autonomer Gruppen und Einzelpersonen, die das Bedürfnis nach einem Treffpunkt bzw. Zentrum im Wedding hatten. Von den Gruppen haben sich einige aufgelöst, viele Leute sind weggezogen oder haben sich auf andere Art vom Clash verabschiedet.

Die Leute, die zur Zeit das Clash durch ihre Arbeit tragen, sind zu wenige, vor allem ist aber auch unklar, für wen mensch sich da aufreibt. Konkret heißt das, daß wir Leute brauchen, die im Clash arbeiten, sowie Gruppen und Individuen, die sich im Clash treffen, Veranstaltungen machen, allgemein die Kneipe beleben. Aus den Räumlichkeiten könnte mensch auf jeden Fall mehr machen als es derzeit der Fall ist.

Jetzt seid ihr gefordert, sonst machen wir zu!
Wer ganz konkret was machen will, soll zum Plenum am Samstag, den 4. März 1995, um 19.30 Uhr ins CLASH, Uferstr. 13 (U9, Nauener Platz), kommen. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben (M. Gorbatschow)

Donnerstag, 23.2.95	FrauenLesbenabend im CLASH
Samstag, 25.2.95	Reggae-Party im CLASH
Sonntag, 26.2.95 21.00 Uhr	Mr. Bean Videofilmreihe im CLASH: "The Amazing Adventures of Mr. Bean" Neuer Kult um britischen Humor R: John Birkin, D: Rowan Atkinson, GB 93
Donnerstag, 30.2.95	FrauenLesbenabend im CLASH
Sonntag, 5.3.95 21.00 Uhr	Mr. Bean Videofilmreihe im CLASH: "The Perilous Pursuits of Mr. Bean" Neuer Kult um britischen Humor R: John Birkin, D: Rowan Atkinson, GB 93

FAHNENFLUCH — TERMINE

- Toti-Prozeß: Die Berufungsverhandlung von Andreas Haltinner ist verschoben worden, der neue Termin steht noch nicht fest.
- Am 21.02. findet um 19 Uhr im A-Laden (Rathenower Str.) ein Treffen zur Planung zukünftiger Aktionen in der Wittstock-Ruppiner Heide statt.
- Der Trägerkreis "8. Mai" trifft sich wieder am 21.02. im Seniorenheim Gneisenaustraße, Veranstalter ist die Liga für Menschenrechte, Interessenten sind herzlich eingeladen.

- 01.03.1995 um 19.00 Uhr:
Einführungsveranstaltung für Wehrpflichtige (Jahrgänge "70-"77)
Hauptthemen:
- Wie entziehe ich mich der Wehrpflicht und warum gehe ich nicht zur Musterung?
- Wie lasse ich mich zurückstellen?
- Erfahrungen mit dem neuen Wehrpflichtgesetz
- Große Videoveranstaltung: Ohne Uns- TV
Veranstaltungsort: TU Berlin, Raum H 104

- 05.03.: Marsch durch den Truppenübungsplatz in der Wittstock-Ruppiner Heide, u.a. soll die Straße zwischen Gühlenglienicke und Gadow durch eine symbolische Pflasterung wieder in Besitz genommen werden.
Treffpunkt: 14.00 Uhr in Gühlenglienicke

- 06.03.1995 um 19 Uhr: Kampagnenplenum in der 0-25.

Einladung zum Seminar am 25. und 26.02.1995.

Da das geplante Seminar nun doch in Berlin und nicht in Prerow stattfindet, konnten wir die Tagesordnung ein wenig erweitern und möchten Euch nun alle recht herzlich einladen. Tagungsort ist die Rosa-Luxemburg Straße 19, nähe Alex.

Samstag, 25.02.1995:
- Eröffnungsansprache und Vorstellung der TeilnehmerInnen und ReferentInnen
- Darstellung der finanziellen Situation der Berliner Kampagne und der Vereine
- Möglichkeiten von Geldbeschaffung durch Projektförderung, Sozialprogramme, ABM
- Frage- und Diskussionsrunde
- Bildung von AG's (Themen: Geld, 03.04., 8. Mai, 23. Mai, Öffentlichkeitsarbeit)

Sonntag, 26.02.1995:
- Arbeit in den Arbeitsgruppen
- Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

Um die reichhaltige Versorgung der Teilnehmer mit köstlichem Essen sicherzustellen, wäre eine Voranmeldung wünschenswert.

DIE WELT DER ANNE FRANK. 1929 - 1945

Prenzlauer Berg Museum, Prenzlauer Allee 75
vom 23. Februar bis zum 19.März 1995
Öffnungszeiten:
Di 10-12 13 - 19 h
Mi/Do 10 - 12 13 - 17 h
So 13 - 17 h

Rassismus heute: Rechtsextremismus in Prenzlauer Berg

Über aktuelle Entwicklungen von Neonazistrukturen in Prenzlauer Berg, besonders der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei)
Veranstalter: Antifaschistisches Bündnis Prenzlauer Berg
Baobab, Winsstraße 53

Montag, 06.03.95 um 20 Uhr

»Das Sitzen auf dieser Parkbank war für uns plötzlich verboten«

Ältere Bewohner des Prenzlauer Bergs erinnern sich an ihre jüdischen Nachbarn.
Veranstalter: Prenzlauer Berg Museum
Kulturladen, Kollwitzstraße 93

Montag, 27.02.95 um 19 Uhr

Gespräch mit Inge Deutschkron (»Ich trug den gelben Stern«)

Schülerinnen und Schüler der 4. Gesamtschule veranstalten ein Podiumsgespräch mit Inge Deutschkron und befragen sie zu ihrer Lebensgeschichte.

am Freitag, 11.03.95 um 11 Uhr

Jugendbandnacht auf dem Pfefferberg

Die Jugendgruppe »SchülerInnen gegen Rassismus« veranstaltet auf dem Pfefferberg ein Jugendbandfestival. Ein Teil der Einnahmen soll als Spende behinderten Kindern in Bosnien zugutekommen.
Veranstalter: Pfefferwerk e.V.
Pfefferberg, Schönhauser Allee 176, U Bahn Senefelderplatz

Samstag, 25.2.95 um 18 Uhr

